

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Vera (antwortlich) für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechn.-Anschlüsse für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 1. bis 14. Februar 1.00 Mark, Abnehmer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10zeilige, 27 Millimeter breite Nonparelletze kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Bereinstander 20 Pfennig, die dreizeilige, 100 Millimeter breite Kettenschrift 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorrichtungen keine Gewähr. — Postkontonummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 34.

Magdeburg, Dienstag den 10. Februar 1925.

36. Jahrgang.

Der unschuldige Stresemann.

Alle Welt redet von Barmat — aber auch Luther und Stresemann haben ihre Skandale, wie sie schlimmer nicht sein können. Die rechtsgerichtete bürgerliche Presse ist dennoch taub! Sie berichtet nichts von den Beziehungen unseres Außenministers zum Sprit-Weber, nichts von den Subventionen dieses Betrügers für die Volkspartei und die „Zeit“.

Sie ist blind gegenüber dem Goldkauf-Skandal mit Stresemann an der Spitze, während die widerrechtliche Auszahlung der 715 Millionen an die Schwerindustrie und die Enthüllungen über den Verbleib von zwei Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse für sie nur eine „sozialdemokratische Lüge“ sind.

Langsam aber vernimmt das Volk trotz der „Skandalpresse“, was gespielt wird. Was soll die Regierung machen? Sie läßt Berichtigung auf Berichtigung los, wenigstens nennt sie ihre geistigen Ergüsse gegen die Angriffe so, obwohl es eigentlich nur Ausreden sind.

Da äußerten sich z. B. die amtlichen Stellen am Sonntagabend über die Tätigkeit der Ruhrhilfskasse. Dieser Skandal ist nach der amtlichen Darstellung mehr als harmlos — ja harmloser noch als Stresemann. Der Kern der Geschichte soll sein, daß nicht 2 Milliarden, sondern nur 10 Millionen Goldmarkkredite gewährt wurden, und zwar auch erst dann, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß die eigenen Mittel erschöpft waren und andre Kreditquellen nicht mehr zur Verfügung standen. In Papierkrediten sollen überhaupt nur Summen im Werte von 300 000 Goldmark abgegeben worden sein.

Das ist die positive Seite der amtlichen Richtigkeitstellung. Wichtiger ist für uns die negative Seite, also das, was nicht gesagt wird. Die Regierung hütet sich, über den Termin der Kreditgebung etwas zu sagen und verzichtet natürlich erst recht darauf, den Umrechnungskurs zu nennen. Auch ist es für sie ganz selbstverständlich, daß heute noch Kredite ausstehen, obwohl ihre Vergebung bereits vor 2 Jahren erfolgte. Im übrigen möchten wir bezweifeln, daß nur 10 Millionen Mark Kredite ausgehändigt worden sind, und endlich scheint uns eine Aufklärung über das Verhältnis der Ruhrhilfskasse zur Reichsbank mehr als erforderlich zu sein. „Erst dann wird man — wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht sagt — vielleicht leichter den Hunderten von Millionen Goldmark auf die Spur kommen, die der Ruhrindustrie in Papiermarkkrediten gewährt wurden und die das Reich so gut wie völlig durch die forcierte Geldentwertung eingebüßt hat.“

In der Goldkauf-Affäre ist Stresemann natürlich ebenso unschuldig wie an dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung und an der Aufrechterhaltung des Besatzungsregiments in der Kölner Zone. Schuldig ist allein der Kollege von gestern, der Postminister Goefle. Er soll in leichtfertiger Weise gegen den Willen des Reichskanzlers Stresemann Postkredite vergeben haben — aber die Empfehlung Stresemanns für die Betrüger in der Handels- und Depositenbank bleibt trotzdem bestehen und sie hat zweifellos auch ihren Erfolg gehabt. Trotz allem wird ausschließlich Goefle an den Galgen geliefert, und wenn nicht alles trügt, dürfte dieser Woche bereits in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert werden. Vergeben wir nicht: es gibt eben in Deutschland noch Staatsanwälte und Richter, wenn es sich darum handelt, Personen zu erledigen, mit deren Straftaten man gegen die Republik haufieren gehen kann. Stresemann aber bleibt frei, er bleibt Minister. —

Am Antwort wird gebeten.

Die Stresemann-Luther und ihre Parteien wissen zur Verteidigung der Millionenbescheide an eine Handvoll Industrieller im Ruhrgebiet nichts Besseres anzuführen als die Behauptung, die sozialdemokratischen Minister aus der Zeit der großen Koalition seien mit dieser Art der „Entschädigung“ einverstanden gewesen. Geseht den Fall, diese Behauptung wäre richtig, und die Sozialdemokraten Schmidt, Soliman und Silberding hätten sich zu Mitschuldigen gemacht, sei es auch nur, weil sie die Tragweite eines Beschlusses nicht sofort erbielt hätten! Damit wäre die heimliche Auszahlung von 645 Millionen doch nicht gerechtfertigt; dann könnte allenfalls von einem Verfagen der sozialdemokratischen Minister gesprochen werden.

Über es ist nicht an dem Robert Schmidt und Soliman übersenden uns folgende Erklärung:

In der Pressekonferenz am 7. Februar (die von der Reichsregierung für die Berliner und in Berlin vertretene reichsdeutsche Presse täglich abgehalten wird. Die Red.) haben Reichsjournalisten erneut versucht, die am 3. November 1923 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister für die unter Verletzung des Budgetrechts im Jahre 1924 an die Ruhrindustriellen gezahlten Entschädigungen mitverantwortlich zu machen. Auch diesmal gingen die Behauptungen an dem Kern der Sache vorüber.

Darum fragen wir die Reichsregierung: Ist es richtig, daß kein sozialdemokratischer Reichsminister an den Vorverhandlungen über die Rücküberträge zwischen Reichsministern und den Ruhrindustriellen teilgenommen hat? Ja oder Nein!

Ist es richtig, daß die sozialdemokratischen Reichsminister am 1. November 1923, als zum ersten Male Entwürfe für die Verpflichtungen des Reiches dem Kabinett vorlagen, durch Stimmenthaltung die Verantwortung abgelehnt haben? Ja oder Nein!

Ist es richtig, daß nie als in einer Kabinettsitzung der großen Koalition beschlossen oder auch nur erörtert wurde, Entschädigungszahlungen an die Ruhrindustrie ohne Zustimmung des Parlaments zu leisten? Ja oder Nein!

Wir eruchen um Antwort durch lückenlose Veröffentlichung der bezüglichen Kabinetts- und Verhandlungsprotokolle und des Briefwechsels zwischen dem damaligen Reichskanzler Herrn Dr. Stresemann und den Beauftragten der Ruhrindustriellen.

Die Antwort wird den Stresemann und Luther nicht erspart bleiben. Einshweilen suchen sie sich noch immer zu drücken; die immer wieder „den nächsten Tag“ angehängte Denkschrift ist noch nicht erschienen. Eine offizielle Meldung berichtet bloßfahend von einem Kabinettsrat, der sich mit dem Referentenentwurf der Denkschrift beschäftigt und die Grundzüge für die Vorlage an den Reichstag festgelegt habe.

Der richtige Dreh...

Jrgendein Kreuzköpfel aus dem Lager der Regierung oder der Schwerindustrie ist auf eine verflucht schlaue Idee gekommen. Die willigen Offizionen stellen auf einmal die ganze Geschichte der Goldmillionen für die Schwerindustrie so dar, als hätte das Reich mit dem Geschenk von 715 Millionen — ein wundervolles Geschäft gemacht und die Schwerindustrie glänzend betrogen. Die Leistungen der besetzten Gebiete sollen auf einer Konferenz der interalliierten Finanzminister in Paris mit rund einer Milliarde Goldmark berechnet und dem Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben worden sein. Von dieser Leistung des besetzten Gebietes in Höhe von einer Milliarde Goldmark wurden aber nur 700 Millionen zurückgezahlt, so daß also die Wilhelmstraße in Berlin noch ein Geschäft von 300 Millionen erzeichnet. Mit gutem Recht sagt die „Berliner Morgenpost“ zu dieser famosen Idee:

Das neue Communiqué der „zuständigen Stellen“ ist nicht geeignet, die Regierung von den schwereren Vorwürfen zu entlasten, die ihr von deutscher Seite über die Auszahlung der Ruhrgehälter gemacht worden sind. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die 700 Millionen verfassungswidrig unter Ausschaltung des Reichstags zur Auszahlung an die Industrie gelangt sind. Es mutet doch recht eigenartig an, wenn das Kabinett Luther auch jetzt noch behauptet, das Reich habe bei diesen Zahlungen ein gutes Geschäft gemacht, daß es nur 700 Millionen gegeben, aber rund eine Milliarde von den Alliierten gutgeschrieben bekommen habe.

Tatsächlich ergibt eine amtliche Meldung vom 8. Januar, daß die Bilanz des Ruhrunternehmens insgesamt 981,9 Millionen Goldmark beträgt. In dieser Summe sind aber nicht nur von der Industrie aufgetragene Reparationsleistungen enthalten, sondern auch Geldstrafen, Beschlagnahmen, Zölle, Einnahmen der Eisenbahnen, Pachtgelder, Einnahmen aus der Reichspost usw.

Es ist also unklar, daß lediglich aus Reparationsleistungen von der privaten Wirtschaft des besetzten Gebietes rund eine Milliarde an die Besatzungsbehörden abgeliefert worden ist.

Es ist eine Schande, wie sich das deutsche Volk von seiner Regierung behandeln lassen muß. Eine Lüge folgt der andern zur Verteidigung einer leichtfertigen Singabe von ungeheuren Summen, die jetzt als „Bezahlung der Sachlieferungen“ ausgelegt wird, von der aber die kleinen Firmeneigentümer, die doch auch an der Sachlieferung beteiligt waren, nicht das geringste gespürt haben.

Das kampflose Suchen nach dem „richtigen Dreh“ ist ein Zeichen des schlechtesten Gewissens in der Regierung. Es gibt nur eine ausreichende Erklärung, die von den Luther und Stresemann gegeben werden kann: ihren Rücktritt. Einer neu zu bildenden Regierung muß es überlassen werden, die ganze finanzielle Geschichte des Ruhrkampfes aufzuhellen.

Zwei Goldmilliarden.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte am Sonntagabend Angaben über große Summen, die während des Ruhrkampfes an die Schwerindustrie gezahlt wurden. Es handelt sich um rund zwei Milliarden Goldmark, die auf dem Wege über eine, unter dem Ministerium Cuno beim Wirtschaftsmminister gebildete Hilfskasse („Sifa“) in die Kassen der Schwerindustrie geflossen sind.

Der „Vorwärts“ richtete an die Regierung folgende Fragen:

Ist es richtig, daß auf dem Weg über die „Sifa“ rund zwei Goldmilliarden an etwa hundert genau benannte Firmen aus dem besetzten Gebiet gewandert sind?

Ist es richtig, daß der sozialparteiliche Wirtschaftsmminister Dr. Becker sich geweigert hat, die ungeheuren Papiermarkkredite in Goldwert umrechnen zu lassen?

Ist es richtig, daß durch die Inflationsgewinne die Ruhrfirmen in die Milliarden gehende Goldgeschenke angenommen haben?

Ist es richtig, daß trotz dieser Milliardenbescheide und der aus der Reichsbank gewährten Inflationsgewinne die Ruhrindustriellen noch immer „Not leiden“ und durch Lohnbrud, Arbeitszeitverlängerung und Steuernachschuß weitere Verdienste erpreyten?

Ist es richtig, daß die 750 Goldmillionen bewilligt und ausgezahlt wurden, trotzdem das alles bekannt war?

Die Regierung gibt darauf eine unzureichende und ausweichende Antwort. Es sollen nur für zehn Millionen Goldmark Kredite aus der „Sifa“ gegeben worden sein, außerdem noch einmal 300 000 Goldmark an Krediten in Papiermark. Die „Sifa“ soll mit einer Ausnahme nur kleinere und mittlere Firmen unterstützt haben. Die großen Firmen seien stets an die Reichsbank verwiesen worden.

Die Regierungserklärung sagt nichts über die Höhe der von der Reichsbank gewährten Kredite und nichts über deren Untrechnung in Goldmark und nichts über deren Zurückzahlung und nichts über deren Verwendung.

Zu den Erklärungen über die „Sifa“ ist zu sagen: Solange die Erklärungen der Regierung nur pauschale Angaben über Goldmarkbeträge von Papiermarkkrediten machen, ohne sich über die Termine der Kredite und die Umrechnungskurse auszulassen, ist mit solchen Darstellungen nichts anzufangen. —

Strafverfahren gegen Goefle.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Verwendung von Reichsgeldern hat einstimmig beschlossen, die Verhandlungen über die Postkredite zu vertagen.

Zu diesem Beschluß teilt die „Vossische Zeitung“ mit:

Den Anlaß zu diesem auffälligen Beschluß gaben Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an den Untersuchungsausschuß, aus denen sich ergab, daß die Eröffnung einer strafgerichtlichen Untersuchung gegen den früheren Reichspostminister Goefle unmittelbar bevorsteht.

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß dem Reichstag schon in den nächsten 48 Stunden von der Staatsanwaltschaft ein Antrag auf Aufhebung der Immunität für den Abgeordneten Goefle zugehen wird.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Untersuchung der Staatsanwaltschaft auch auf den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann ausgedehnt wird. Lange-Hegermann und Goefle haben zwar auf Wunsch ihrer Fraktion ihre Reichstagsmandate „ruhen“ lassen, seitdem bekannt wurde, daß sie in die Finanzaffäre verwickelt sind, aber formal gehören sie noch dem Reichstag an.

Die Zentrumsfraktion dürfte die Entscheidung des Reichstags über die Aufhebung der Immunität nicht abwarten, sondern von sich aus die Abgeordneten Goefle und Lange-Hegermann zum Verzicht auf ihr Mandat zwingen. Es ist darüber hinaus nicht unwahrscheinlich, daß gegen die beiden Persönlichkeiten ein Verfahren zum Ausschluß aus der Zentrumspartei angestrengt wird.

Die Goldkauf-Geschäfte.

Während der Inflationszeit blühte das Geschäft der Goldkäufer, und das deutsche Volk wunderte sich über die Latenlosigkeit der damaligen Reichsregierung. In diese Zeit fällt der Beginn einer Aktion, die der damalige Reichspostminister Goefle mit Unterstützung des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer unternahm. Beide machten dem damaligen Reichskanzler Stresemann den Vorschlag, Gold für die Reichspost und das Reichserhebungsministerium anzukaufen. Stresemann

erklärte sich damit einverstanden und übernahm damit die Mitverantwortung für die Durchführung der Aktion. So ist er denn in vollem Umfange verantwortlich für die Empfehlung der Depositen- und Handelsbank, einer ausgesprochenen Schieberfirma, deren Inhaber mit einigen Millionen Reichsmark flüchtig gegangen sind.

Eine Berliner Korrespondenz macht Angaben über schwarze Konten bei dieser Schieberbank, die sich rühmen konnte, ein Empfehlungsschreiben zu besitzen, das von drei Reichsministern, darunter dem Reichskanzler Stresemann, ausgestellt war. Aus diesen Angaben ergibt sich folgendes:

Das Aufsichtsratsmitglied Dr. Fleischer hat als Provision am Goldgeschäft weit über 100 000 Mark erhalten. Eine von ihm am 21. Dezember 1923 ausgestellte Quittung hat folgenden Wortlaut:

Mark 51 016 592 Milliarden
Einundfünfzigtausend sechshundert Millionen 592 Milliarden Provision für Goldgeschäfte v. 25. 10. 23—20. 12. 23 von der Depositen- und Handelsbank erhalten.
Berlin, den 21. 12. 23.

gez.: Dr. Fleischer.
Auf das Konto von Dr. Fleischer einzahlen.
gez.: Hl.
Kassenol. 139.

Es wurden außerdem an Fleischer am 4. Januar 64 000 Goldmark ausgehändigt, für die auch eine Quittung vorhanden ist.

Unter den Kuchnießern der Depositen- und Handelsbank figuriert das „Allgemeine politische Informationsbureau“ mit 50 000 Mark, wofür Quittungen nicht vorhanden sind. Außerdem befindet sich unter den Ausgaben ein Konto „Kostpro Separat“, welches mit allen möglichen Summen belastet ist und ab 17. Dezember die Höhe von annähernd zwei Millionen Goldmark erreicht. Es konnte bisher nicht festgestellt werden, wem diese ungeheuren Summen zugeflossen sind, und es würde sowohl für das Finanzamt als auch für die Staatsanwaltschaft eine dankbare Aufgabe übrigbleiben, dieses „schwarze Konto“ zu enthüllen. Trotz dieser ungeheuren Summen, die der Bank und letzten Endes dem Reiches beruht wurden, schloß die Bilanz für 1923 mit einem erheblichen Verdienst ab. Der Gesamtsschaden des Reiches dürfte mit weit über 10 Millionen Goldmark zu veranschlagen sein.

Wie vorsichtig man gegenüber offiziellen Erklärungen der an diesem Skandal Beteiligten sein muß, ergibt sich daraus, daß die Behauptung, das Empfehlungsschreiben des Reichskanzlers Stresemann und zweier seiner Minister für die Depositen- und Handelsbank sei zurückgezogen, falsch ist. Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, befindet sich diese Empfehlung heute noch in den Händen des Vorkontrollkommissars Lippert, und weder an ihn, noch an das preussische Handelsministerium ist jemals eine Mitteilung der Zurückziehung der Empfehlung gegangen.

Wie teuer war das Gold?

Die Vergebung von Reichspostkrediten, die im Verlaufe der nächsten Tage in der Öffentlichkeit noch eine größere Rolle spielen werden, gibt dem Reichspostministerium Veranlassung, vorläufig die Gründe seiner Goldankäufe festzustellen.

Als Ursache der Käufe wird der rapide Verfall der Markwährung bezeichnet. Insgesamt sind für die Post aus ihren Betriebsmitteln in der Zeit vom 23. Oktober bis 24. November 1923 durch Vermittlung der Depositen- und Handelsbank in zehn Posten 267 Kilogramm Feingold und 700 Kilogramm Feinsilber angekauft worden.

Der gesamte Aufwand dafür, einschließlich Bankzinsen, betrug 912 085 Goldmark. Die Bestände wurden bei der Generalpostkasse aufbewahrt. Sie wurden im April und Mai vorigen Jahres, als die Stabilität der Währung feststand, durch Abgabe an die Reichsbank verwerthet. Dabei soll nur ein „buchmäßiger Verlust“ von rund 100 000 Goldmark

zu verzeichnen gewesen sein, der darauf zurückgeführt wird, daß die Metallpreise während der Lagerung gestiegen sind.

Warum die Reichspost ausgerechnet gerade bei der Handels- und Depositenbank ihre Goldankäufe erledigte und zu welchem Preise diese Käufe vorgenommen wurden, wird leider nicht gesagt.

Zwischenfall im Untersuchungsausschuß.

Am Sonnabend kam es im preussischen Untersuchungsausschuß zu einem Zwischenfall, der mit dem Rücktritt des deutschnationalen Vorsitzenden Dr. Deereberg endete. Deereberg erregte durch die Art seiner Geschäftsführung den Unwillen der Ausschussmitglieder, und als schließlich ein Mißtrauensantrag eingebracht wurde, ließ er es gar nicht zur Abstimmung kommen, sondern erklärte „freiwillig“ seinen Rücktritt. An seine Stelle trat der volksparteiliche Abgeordnete Pinterneil.

Der unmittelbare Anlaß war das Verhalten Deerebergs dem Zeugen Klinghammer bzw. Fall gegenüber.

Abgeordneter Ruttner (Soz.) erklärt, daß ihm über die Persönlichkeit Klinghammers und die Motive bzw. Hintergründe seiner Aussagen bestimmte Mitteilungen zugegangen sind, die sowohl Klinghammer als auch seine Erklärungen im allerbedeutendsten Licht erscheinen lassen.

1. Herr Klinghammer hat entriest abgeleugnet, daß er Schriftstücke, die ihm amtlich zur Kenntnis kamen, in der Presse veröffentlicht hätte. Wir können nachweisen, daß er in zwei Fällen Schriftstücke, die mit seiner eigentlichen Aufgabe nichts zu tun hatten, aber von politischem Interesse waren, mitbeschlagnahmt hat und daß diese Schriftstücke alsbald in der Presse erschienen;

2. daß er seinen Vorgesetzten gegenüber gestanden hat, gegen deren Willen und Gebot eine Veröffentlichung in der Presse veranlaßt zu haben.

Klinghammer hat sich aufgespielt als ein Mann, der im Interesse der stillen Erneuerung und Reinigung vorgegangen ist. Wir können aber nachweisen, daß er lediglich gehandelt hat als politischer Karriereleiter, der sich zu Beginn des Jahres 1919 als emphysematischer Demokrat und Republikaner aufspielte und sich hinter sozialdemokratische Beamte des Polizeipräsidiums stellte, um befördert zu werden. Erst als ihm das mißlang, hat er einen Meinungssturz vorgenommen.

3. Wir können beweisen, daß Herr Klinghammer eine Anzeigende, die sich gegen einen hohen Beamten des alten Systems richtete und von einer amtlichen Stelle an ihn gelangt war, einfach hat verschwinden lassen.

Im Anschluß daran entspannt sich eine Auseinandersetzung zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kaufhold und einzelnen Vertretern der Mittelparteien. Die Fragen Ruttners sind dem deutschnationalen Vorkontrollrichter Kaufhold sichtlich unangenehm.

Der Ausschuss geht dann die Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Fall fort. Er wiederholt zunächst, daß Varnat nach seiner Auffassung auch für die von der Regierung angeordneten Lebensmittelmittelgeschäfte im Jahre 1919 eine Großhandelskonzession hätte haben müssen. Nicht nur der Wirtschaftsminister Schmidt, sondern auch die Mehrzahl aller Deputierten seines Ministeriums seien damals aber anderer Auffassung gewesen. Er habe an seiner Meinung festgehalten und den Reichsminister Schmidt darauf hingewiesen, daß es Anstiftung zu einer unerlaubten Handlung sei, wenn die Reichsstellen ohne die erforderlichen Unterlagen eine Handelskonzession erteilen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge ferner, daß die Firma Varnat eine Handelskonzession hatte, die sich auf eine Befreiung der Berliner Handelskammer stütze. Als der Vorsitzende jetzt darauf aufmerksam machte, daß der Zeuge vorher die Antwort ganz positiv gegeben habe, und er erneut die Frage stellt, ob und welche positiven Anhaltspunkte darüber vorhanden sind, wann Varnat die Handelskonzession erhalten hat, wird er von Ruttner unterbrochen. Ruttner erklärt unter der Zustimmung seiner Parteifreunde und einzelner Demokraten, daß solche inquisitorischen Fragen unzulässig seien. Der Vorsitzende stellt trotzdem noch einmal, die gleiche Frage an den Zeugen. Der Demokrat Niedel unterbricht ihn und verlangt jetzt eine Entscheidung des Ausschusses über ihre Zulässigkeit. Eine Abstimmung darüber fand jedoch nicht statt. Fall wurde weiter vernommen, ohne daß wesentliche Angaben erzielt wurden. Der Vorsitzende vertießt nach der Beendigung der Vernehmung von Fall folgenden Antrag, der nach dem oben gekennzeichneten Zwischenfall eingegangen ist: „Der Ausschuss mißbilligt die Geschäftsführung des stellvertretenden Vorsitzenden, Deereberg legt sofort den Vorsitz nieder. Die Verhandlungen

werden hierauf unterbrochen. In der neuen Sitzung wird Dr. Pinterneil (Dt. Sp.) zum Verhandlungsleiter bestimmt.

Als nächster Zeuge wird der Abg. Wiffell vernommen. Er erklärt zu den Behauptungen Klinghammers: „Ich habe während meiner Amtszeit als Wirtschaftsminister niemals eine Ausfuhr- oder Einfuhrbewilligung für Druppapier oder andre Waren selbst erteilt. Das ging schon deshalb nicht, weil dafür der Ein- und Ausfuhrkommissar zuständig gewesen wäre. Niemals sind amtliche Schreiben mit einer Unterschrift hinausgegangen, die nicht den geschäftsordnungsmäßigen Weg der Zustimmung des zuständigen Staatssekretärs durchgemacht haben. Es ist deshalb ganz unmöglich, daß Klinghammer eine von mir unterzeichnete Ausfuhrbewilligung beschlagnahmt haben könnte. Ich bin schon im Juli 1919 aus dem Amt ausgeschieden, während die angeblich von Klinghammer gefundene Ausfuhrbewilligung im November gleichen Jahres ausgestellt sein soll.“

Wiffell trägt schließlich ein nachträglich von ihm ermitteltes und von ihm unterzeichnetes Schreiben vor, in dem für die Befreiung der Einfuhr von Lumpen durch die Firma Varnat Bedingungen gestellt werden, die eine Spekulation mit der Ware ausschließen sollen.

Abg. Ruschke (Dem.) beantragt, den Kriminaloberinspektor Klinghammer über diese Aussagen Wiffells zu hören. Er fügt hinzu: „Es ist ein starkes Stück, wenn Klinghammer ein solches Schreiben mit einer Ausfuhrbewilligung verwechselt haben sollte.“

Die in der letzten Sitzung abgebrochene Vernehmung Klinghammers wird dem Antrag entsprechend fortgesetzt. Durch die Erklärungen Wiffells unsicher gemacht, äußert Klinghammer auf die Frage des Verhandlungsleiters, daß es sich nicht um eine formularmäßige Bewilligung, sondern um ein Schreiben mit der Unterschrift des Ministers gehandelt habe, in dem von einer Einfuhrbewilligung die Rede war.

Ministerialdirektor Fall erklärt dazu, daß es sich nach seiner Erinnerung tatsächlich um eine Ausfuhrbewilligung für Druppapier handelte.

Abg. Wiffell bittet, recht bald die Akten heranzuschaffen, aus denen sich ergeben werde, daß von ihm eine solche Ausfuhrbewilligung nicht erteilt sei.

Klinghammer verbreitet sich dann über Vorgänge, die während seiner Dienstzeit unter Ministerialrat Dr. Fall als Chef der Landespolizei vorgekommen sein sollen.

Abg. Ruttner (Soz.): Sie wissen als Beamter, daß die von Ihnen dem Dr. Fall zur Last gelegte Unterlassung einer notwendigen Strafverfolgung ein außerordentlich schweres Verbrechen ist. Warum haben Sie, wenn Sie an ein solches Verbrechen glauben, keine Schritte auf dem Dienstwege gegen Doktor Fall unternommen, solange er Ihr Vorgesetzter war?

Zeuge Klinghammer: Es würde jeder lokalen Auffassung eines nachgeordneten Beamten und jeder Disziplin widersprechen, wenn er sich gegen seinen eigenen Chef wendet.

Abg. Ruttner (Soz.): Sie haben es doch aber mit Ihrer Auffassung von Beamtenloyalität vereinbaren können, sechs Jahre später sich mit dieser Angelegenheit an den Beamtenausschuß des Polizeipräsidiums zu wenden und dort in Abwesenheit des Ministerialdirektors Dr. Fall durch eine einseitige Darstellung den Beschluß zu extrahieren, daß Dr. Fall für das Amt des Polizeipräsidenten, für das er vorgesehen war, nicht geeignet ist. — Zeuge Klinghammer: Ich habe allerdings im großen Beamtenausschuß des Polizeipräsidiums gesagt, daß ich Herrn Dr. Fall für den Polizeipräsidentenposten für nicht geeignet halte, weil er eine hinterhältige Intrigantennatur sei.

Abg. Schönering (Ztr.) schlägt schließlich vor, die Sitzung mit der Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Fall zu beenden und eine neue Sitzung auf Montag vormittag 10 Uhr festzusetzen.

Das völkische „Material“.

In der Sonnabend Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstags verlas der Vorsitzende, Abgeordneter Saenger, zunächst ein Schreiben der Deutschvölkischen, daß der Untersuchungsausschuß nach ihrer Auffassung keine genügende Gewähr für eine einwandfreie Untersuchung biete. Die nationalsozialistische Gruppe werde deshalb auch ihr „Material“ nicht dem Ausschuss, sondern der Staatsanwaltschaft überreichen. Der Vorsitzende weist den Angriff dieses Schreibens auf die Mitglieder des Ausschusses zurück. Bei den Nationalsozialisten sei weder der Wille noch die Möglichkeit vorhanden, Material vorzulegen. Die Mitglieder der nationalsozialistischen Gruppe hätten in Wort und Schrift von ihrem Material gesprochen. Als es verlangt wurde, hätte es erst zusammengeestellt werden müssen. Nunmehr erklärten sie, überhaupt kein Material vorlegen zu wollen.

Abg. Dr. Meyer (Dem.) hielt die Abwehr des Vorsitzenden für nicht scharf genug. Die Antwort der Nationalsozialisten betrachte er als einen Akt ungeheuerlicher Ehrabschnüberei.

Kleines Feuilleton.

Die junge Gräfin.

Dieses allerliebste Singpiel aus dem 18. Jahrhundert läuft zwar schon einige Zeit und ist auch an dieser Stelle schon gewürdigt worden, aber die Vorstellung am Sonnabend hatte eine besondere Bedeutung, weil der Bearbeiter, Dr. R. A. Mayer, sie leitete.

Hatte die Volkshöhne geglaubt, damit das Publikum zu interessieren, so hatte sie ihren Zweck erreicht, denn der Beifall, der ja ohnehin in der Oper reichlicher gesendet wird als im Schauspiel, verdichtete sich zu einer Art Invidierung für die Mitwirkenden und den Bearbeiter, der sich persönlich dafür bekümmerte. Den Seiten auf der Bühne war dieser persönliche Beifall auch von Herzen zu gönnen, vor allem dem vorzüglichen Klemeas Adam, einem darstellerisch wie pünktlich ungewöhnlich kühnen Charakter, dem man, nach seiner Leistung in der „Verkauften Braut“, in der „Fledermaus“ und jetzt wieder hier, häufiger auf der Bühne zu begegnen wünscht. Kurt Gläselner hätte nicht weniger gut den feinsinnigen Charakter dieser Spieloper erfaßt und brachte ihn zusammen mit Mini Kohler als einem antiken Kommerzienrat höchst erfolgreich zur Darstellung. Defider Rothstein ließ sichspielend noch einiges zu wünschen übrig, nicht gelanglich, während Heinrich Eijer umgekehrt wunderbarlich nicht voll genügt. Für Maria Holzappel liegt die Partie der Gräfin im allgemeinen zu hoch, in jener Lage, in der ihre Stimme leicht jammert klingt.

Kuprecht Guth hatte als Regisseur recht verständig gearbeitet. Aber das Experiment mit dem Dirigenten gelang — man darf sich durch den äußeren Erfolg nicht täuschen lassen — recht sehr vorbei. Die Hauptursache davon, daß Kuprecht und Sänger immer wieder auseinander gerieten, dürfte doch wohl an Mayer selber liegen. Er hatte die Aufführung ohne gründliche Probe übernommen, was um so verwunderlicher ist, als der Bearbeiter des Werkes eine Schwärzlerin kennen, wissen mußte, daß man diesen Spieloper nur dann gerecht wird, wenn man sie bis ins Einzelne genau ansieht. Schon um die besonderen äußerlichen Verhältnisse des Bühnen-Theaters kennenzulernen, wäre eine gewissenhafte Vorbereitung notwendig gewesen. Das Theater ist aber nicht: es verlangt besonders für das Orchester, dem die Resonanz fehlt — es dürfte wohl auf einem weichen Boden, statt über einem Holzbohlen sitzen — ein außerordentlich geschicktes Dirigieren. Statt dessen fuhr der Regisseur nicht nur in einem hohen Grade durch die Partitur und verfuhr es auch, den Sängern, deren Auffassung er offenbar gar nicht konnte, irgendwie nachzugehen. Daß es ihm an der notwendigen Dirigentenqual fehlt, merkte man daran, daß er

als Eifer im dritten Akte falsch einsetzte, nicht die Geistesgegenwart besaß, mit seinem kleinen Orchester einen Sprung zu machen, sondern den ganzen Ensemblebesatz verfahren ließ. Das war sehr peinlich, auch für die Ensemble, die nicht wußten, sollten sie singen oder nicht.

Es ist die alte Erfahrung: man kann ein ausgezeichnetes Theaterstück, sogar ein erstklassiger Komponist sein, und braucht doch vom Dirigenten nichts zu verstehen.

Lieder- und Balladenabend. Werner Reichelt sang in der Stadtmusik Schubert und Loewe. Gewiß hatte er auch einen Römerrut, um sich an Schubert zu wagen. Bei seiner kräftigen Pantomime muß es ihm wohl nicht unmöglich erschienen sein. Aber das wäre auch alles gewesen, um ein solches Programm zu rechtfertigen, in dem „Fahrt zum Hades“, „Grenzen der Menschheit“ und „Adins Meerestritt“ enthalten war. Sonst besaß der Sänger, außer seiner guten Abicht, etwas zu leisten, keine Qualifikation für Lieder- und Balladenabend. In technischer Beziehung erfüllt er noch nicht einmal die elementarsten Anforderungen. Die Longebung ist plump und unbeholfen und reicht bei weitem nicht aus, Schubert zu singen oder den Stil der Loeweschen Balladen zu treffen. Warum hält man den Sänger nicht zurück von solchen Experimenten? Hat sein Begleiter, Professor Kaufmann, nicht gehört, daß er noch sehr unvollkommen ist? Und dann das Programm: man schreibt nicht „Goethe“, sondern „Goethe“, nicht „Lied“, sondern „Lied“, ferner: „Der Sonne goldne Strahlen, Sie wehen und sie mahlen, Die er im Tal erbar.“ Können sich die Gelehrten des Alpenjägers so etwas von den Sonnenstrahlen gefallen lassen? Und muß sich das Magdeburger Publikum so etwas von einem Dresdner Sänger hersehen lassen?!

Theaterchronik. In Aufführungen wurden gemeldet: In Nürnberg „Die feindlichen Brüder“ von Karl Albrecht, in Prag an der „Neuen Bühne“ Ernst Tollers Komödie „Der eufjelste Bodan“, in den Künzner Kammertheatern eine Neubearbeitung des spanischen Komödienten Francisco de Rojas durch Johann von Günther: „Dummes Zeug wird hier getrieben“, in Wien gab eine Pariser Schauspieltruppe einen neuen Pirandello in französischer Sprache: „Genrich 4.“; Edward Stüdens „Kupferer“ im Staatlichen Schauspielhaus in Dresden. — Das Städtebühnen-Theater Bernigerode-Blankenburg-Affersleben, das zu Beginn der Spielzeit 1924/25 gegründet worden ist, ist zusammengebrochen. Die finanziellen Schwierigkeiten begannen bereits im November vergangenen Jahres. Die Bühnengenossenschaft mußte eingreifen, das Theater trat in Liquidation, und die am 31. Dezember ab-

gelassene Konzession wurde nicht erneuert. — Erfreuliche Kunde kommt aus Westfalen: Die Stadt Hagen beschloß, für das Stadttheater außer dem bisher gezahlten Zuschuß von 75 000 Mark für die laufende Spielzeit noch einen Zuschuß von 150 000 Mark zu gewähren, um das Theater mit allen drei Spielarten, Oper, Operette und Schauspiel, zu erhalten. Da der Besuch des Theaters sich in den letzten Monaten bedeutend gehoben hat, hofft man, für die nächste Spielzeit mit einem Gesamtzuschuß von 150 000 Mark auszukommen.

Robert Kolbwey gestorben. Professor Dr. Robert Kolbwey, der 18 Jahre lang die Ausgrabungen der Deutschen Orient-Gesellschaft in Babylon und Assur leitete, ist im 60. Lebensjahr in Friedenau verstorben. Die deutsche Orientalistik verliert mit dem hervorragenden Archäologen und Archäologen eine ihrer tätigen Kräfte. Schon 1882 war er an den Ausgrabungen in Assos beteiligt, 1885 widmete er sich in Lesbar der Wissenschaft des Epitaphs, später in Syrien, und nahm dann 1894 an den Forschungen Felix v. Luschan in Sendschirli teil. 1900 wurde er als Rufos in die Berliner Museen berufen, und seit jener Zeit weilte er auf der Numismatik der babylonischen Weltstadt, bis der Vorkampf der Engländer im 1917 zwang, seine Forschungsarbeit einzustellen. In der Heimat hat er seine Funde dann wissenschaftlich bearbeitet und besonders durch seine Veröffentlichungen über das Fikardas mit seinen buntglänzenden Bildern und den babylonischen Turen, dessen Grundriß er freilegte, bahnbrechende Forschungsergebnisse zurutage gefördert.

Theaterstand in Basel. Anlässlich der Aufführung von Wagners „Walküre“ in der jenseitigen Neugefaltung Apollonias im Stadttheater Basel kam es zu lärmenden Gegenüberstellungen, die offenbar auf die Pressebegehrtheits-Wagnerianer gegen den Regisseur Dr. Oskar Walckerlin zurückzuführen sind. Als Dr. Walckerlin an der Hand ergriffen wurde, er mit Zöhlen, Pfeifen und Pfirufen angepöbeln, abgesehen er selbst nur der Ausbeuter der Ideen Apollonias war. Der Respekt vor der künstlerischen Leistung siegte endlich über die Opposition der unentwegten Wagnerianer, die auch andernwo vorkommen sollen.

Silberne Kunst. Die Mannheimer städtische Kunsthalle unter der Leitung von Dr. G. F. Hartlaub hat kürzlich aus holländischem und deutschem Privatbesitz eine Ausstellung kostbarer indonesischer Textilien eröffnet. Hauptgegenstände sind die Leinwand des Batik und Ikat verteilte Gleichzeitigkeit mit den Textilien sind originale Figuren in Bahang-Schattenstiel zur Schau gestellt. Die Ausstellung bleibt bis zum 22. Februar geöffnet.



Moskau bremst den Leichenwagen.

Die „Reinigung“ in der kommunistischen Partei geht so emsig vorwärts, daß bald nichts mehr von der Führerschaft vorhanden sein wird. Jeder reinigt seinen Nebenbuhler heraus. Das wird Moskau zu bunt, so daß es bremst und dazwischenfährt.

Die „Rote Fahne“ sieht sich genötigt, ein Interview des Bolschewisten Stalin mit dem deutschen Kommunisten Wilhelm Herzog zu veröffentlichen, das nichts anderes als eine gründliche kalte Abreibung für die erhitzten Gemüter in der kommunistischen Partei Deutschlands darstellt. Stalin konstatiert eine Verrückung der europäischen Lage. Er konstatiert sogar — wie einseitig! — „schließlich eine gewisse Verrückung der materiellen Lage der Arbeiterklasse“. Die Revolution kann natürlich kommen, aber wann, das weiß man nicht! Und ehe sie kommt, muß erst die verdammte Sozialdemokratie vernichtet werden. Damit hat es aber noch gute Weile. Im Interview heißt es:

Herzog fragte: „Sie sagten, daß die kommunistische Partei Deutschlands die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben solle. Diesem Ziele wurde aber bisher äußerst wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Was sollte nach Ihrer Ansicht geschehen, um aus der kommunistischen Partei eine solche energische Partei mit ständig wachsender Werbekraft zu machen?“

Stalin antwortete: „Manche Genossen meinen, daß die Festigung und Verschärfung der Partei gleichbedeutend sei mit dem

Herausdrücken aller anderen Denkenden aus der Partei. Dies ist natürlich unrichtig. Die Enttarnung der Sozialdemokratie, ihre Herabdrückung auf die Rolle einer nützlichen Minderheit in der Arbeiterklasse ist lediglich im Prozeß des Alltagskampfes für die konkreten Bedürfnisse der Arbeiterklasse möglich.

Die Sozialdemokratie soll nicht auf Grund planetarischer (weitfugender) Fragen,

sondern auf Grund des Alltagskampfes der Arbeiterklasse für die Besserung ihrer materiellen und politischen Lage geschlagen werden, wobei Lohn, Arbeitszeit, Wohnungsfragen, Versicherungsfragen, die Fragen der Steuer, der Arbeitslosen, der Teuerung und dergleichen mehr Fragen die entscheidende Rolle spielen müssen. Die Sozialdemokratie auf dem Boden dieser Fragen täglich zu schlagen, ihren Verrat zu entlarven: hierin besteht die Aufgabe.“

Selbstverständlich fehlt bei Stalin der nötige Hinweis auf die spätere Revolution und die spätere Machtergreifung, will sagen, auf die „planetarische“ Perspektive auch nicht. Aber er hält es doch für notwendig, seinen deutschen Jüngern eindringlich zu empfehlen, daß die Parole der Partei nicht auf Grund „eingelernter Formeln“ und geschichtlicher Analogien“ angearbeitet werden dürfe. Die Schwierigkeit, in die die kommunistische Partei Deutschlands sich mit ihrem, auch vom kommunistischen Standpunkt aus kurzfristigen und übersichtlichen Vorstoß hineinanderbriert hat, zwingt Stalin zu geradezu klaffenden

Drehstühlenformulierungen:

Es ist unbedingt erforderlich, daß die Partei es versteht, die größte Prinzipienfestigkeit (was nicht mit Festhaltung verwechselt werden darf!) mit einem Maximum an Flexibilität und Kontakt mit den Massen (was nicht mit „Chwostismus“, d. h. mit einer Schlepptau-Politik verwechselt werden kann) zu verbinden, da ohne Erfüllung dieser Pflicht es für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Arbeitermassen zu lehren, sondern auch von der Arbeitermasse zu lernen, nicht nur die Massen zu führen, und sie auf das Niveau der Partei zu heben, sondern auch die Stimme der Masse zu hören und ihre krennendsten Bedürfnisse zu erkennen.

Wenigstens ist unser Sprachschach um ein neues schönes Wort bereichert: Menschewismus, Bolschewismus, Dsjowismus und jetzt noch Chwostismus. Die deutschen Arbeiter werden auch diese neue Abweichung von der alleinigmachenden Lenin-Sinowjew-Stalin-Nichtung sicher mit großem Eifer studieren, bis die neue Schwankung von Moskau befohlen wird. Zwischen gibt es noch eine kleine moralische Ermahnung:

Unbedingt muß die Partei es verstehen, in die grundlegende Führergruppe der Partei die besten Elemente der Avantgarde zu wählen, die eine genügende Hingabe besitzen, um zu wahrhaftigen Vertretern der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu werden und genügend erfahren sind, um wahrhaftige Führer der proletarischen Revolution zu sein, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.

Dabei dachte Stalin sicher an die schöne Reichstagsfraktion und an die ebenso schöne Landtagsfraktion. Man kann nur jedem deutschen Arbeiter empfehlen, sich die besten Elemente der Avantgarde möglichst aus der Nähe anzusehen. Wahrscheinlich werden die meisten dann doch kurziert sein.

Der Kern der Ausführungen des Oberbolschewisten Stalin

aber ist: „Ihr Totengräber bringt euch ja mit euerm Reinigungsstimmeln selbst in die Grube; hegt lieber mit verdoppelter Kraft die Sozialdemokratie hinein.“ Darum bremst er den Leichenwagen.

Rechtser „Dsjow“.

... „Trotski ist nicht der einzige Quertreiber in der kommunistischen Partei Russlands, nicht der einzige Verdreher und Verfälscher des Leninismus. Es gibt noch einen... Dsjow heißt das Vieh. Wird hoffentlich auch recht bald festgestellt. Ausmitten! Ausmitten! Mit eisernem Besen!“

Wjo sprach zu mir ein guter Freund, der zwar einer mit sehr fremden Fakultät angehört, nämlich der der „Roten Fahne“, aber wirklich ein ausgezeichnete Kerl ist. Allerdings habe ich an ihm etwas auszusetzen: seine deutsche Abstammung. Ich empfinde es nämlich ganz natürlich, wenn einer meiner engeren Landsleute (ich bin Turkestanler) oder ein mir stammverwandter Tschuktsche, Tschuwasche, Tscherkesse, Kirgise, Dschirke, Kasachiner, Samojede oder Syrjaner — deutscher Kommunist ist, aber — ein deutscher Arbeiter? ... Das kommt mir immer so sonderbar vor. Aber ich verzeihe ihm diese kleine Schwäche, weil er, wie gesagt, ein Bräutigam ist. — „Dsjow?“ — fragte ich. „Was ist den das für ein Dsjow? Stenne ich nicht! Habe nie etwas von einem Dsjow gehört!“ — Ich war wirklich ganz erstaunt.

Mein Freund war darüber erst recht erstaunt. — „Mensch! Du liest doch jeden Tag die „Pravda“?“ — „Jawohl. Tue ich auch. Offen gestanden — mitunter mit sehr zweifelhaftem Vergnügen, aber lesen tue ich sie, und ...“

„Quatsch doch nicht! Schon wieder ...“

... „und von einem Dsjow stand nie ein Wort drin.“

Zum erstenmal hatte ich mich in den Augen meines Freundes gründlich blamiert. Er hatte gewiß an mir auch was auszusetzen ... nun, zum Beispiel, daß ich als Sozialdemokrat „natürlicherweise“, „logischerweise“, „objektiv“ ein Agent des internationalen Finanzkapitals und ein Schrittmacher des Faschismus bin, aber ebenso wie mir an ihm keine durch keine Kenntnis der Dinge angefränkelte Liebe zur „Roten Fahne“ gefiel, gefiel ihm an mir — mein bisherigen Kenntnis der Dinge, und wir vertragen uns ausgezeichnet. Und nun die herrliche Blamage!

Mühsam ratterte mein Gehirnzug. Dsjow? Ja, es gab einen, der sich Dsjew (mit j, nicht mit s) nannte. Es war dies ein gewisser Dr. Schitomirski, der vor achtzehn bis zwanzig Jahren hier in Berlin zusammen mit Tschupfcherin das Auslandsbureau der russischen sozialdemokratischen Gruppen leitete und 1917 als Spitzel entlarvt wurde. Sollte der sich eingeschlichen haben? Unmöglich!

„Unmöglich! Es gibt keinen Dsjow!“

Triumphierend legt er mir die „Rote Fahne“ auf den Tisch. „Dies! Und gehe aber auch gleich zu Deinem Genossen Ludentorff. Ihr habt beide eure Schlachten verloren!“

Schwarz auf weiß las ich in der „Roten Fahne“: „Lenins Leben ... 1907—1911 ... Kampf gegen Liquidatorium, Trotskismus und Dsjowismus.“

Das war nun der Genosse Dsjow! Keine Reputation war leicht zu retten — und dies gelang mir auch in vollem Maße. Aus Freude darüber will ich daher auch den übrigen deutschen Lesern der „Roten Fahne“ verraten, was mir über den neuen kommunistischen Flumacher und Quertreiber „Dsjow“ bekannt ist.

Dsjowismus heißt Abberufung. Im russischen Parteijargon hatte dieser Ausdruck folgenden Sinn: In den Reaktionsjahren 1908—1910 bestand innerhalb der bolschewistischen Fraktion eine ultraradikale Richtung, der unter anderem der jetzige Monarchist Alexinski angehörte, die die Abberufung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Reichsduma propagierte, das heißt die Mandatsniederlegung der Abgeordneten auf Geheiß der Partei. Teilweise, weil die Machtlosigkeit der Kleinen sozialdemokratischen Dumafraktion die Partei in den Augen der Arbeitermassen herabwürdigte, teilweise, weil die „Abberufung“ in jedem legalen Kampfmittel, also auch in der Parlamentaristrambune, eine Verunreinigung der revolutionären Taktik erblickten. Lenin bekämpfte den „Dsjowismus“. „Konsequent“ wie er nun einmal war, ging er aber viel weiter und — spalte später die machtlose und kleine Dumafraktion in zwei ganz kleine Fraktionen. Dazu stellte er noch an die Spitze seiner Fraktion einen Abgeordneten, der auffallend wenig Vertrauen einflößte und sich tatsächlich (noch im Juni 1914) als Spitzel entpuppte. Aber das gehörte schon in eine ganz andre Oper ...

Sobiel also über den „Genossen Dsjow“.

Den deutschen Lesern der kommunistischen Presse möchte ich mir noch bei dieser Gelegenheit erklären, daß wir stets bereit sind, ihnen Aufschlüsse über unverständliche turkestanische Redewendungen ihres geschätzten Leitblattes zu geben. Nach der Weimarer Verfassung, die — „Gott sei Dank!“ — noch besteht, ist kein Mensch in Deutschland verpflichtet, Turkestanisch zu verstehen. Solange diese Verfassung bestehen wird, wird wohl so mancher Leser — mit Ausnahme meiner Landsleute — an der Sprache der kommunistischen Presse eine harie Nuß zu knacken haben.

Diesem Hebel abzuhelfen, stellen wir uns gern zur Verfügung.

Reo = Turkestaner

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Februar 1925.

Ortskrankentassen, nicht Betriebskrankentassen.

Der Verband der Betriebskrankentassen hielt am 25. Januar 1925 eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der ein Vortrag über „Die Bedeutung der Betriebskrankentassen unter besonderer Berücksichtigung der Zentralisationsbestrebungen der Ortskrankentassen“ gehalten wurde. Ich möchte hier als Mitglied einer beteiligten Betriebskrankentasse feststellen, daß bei der Versammlung diesmal genau so gehandelt worden ist, wie bei allen Versammlungen mit Ausschuß- und Vorstandsmitgliedern, indem der Vorsitzende — ein Arbeitgebervertreter der Firma — kommt, seinen bereits gefassten Beschluß vorliest und seitens der Ausschußmitglieder angenommen werden muß, ohne daß ein Mitglied frei zu Worte kommt. Die Ausschußmitglieder unserer Klasse haben kaum noch ein Interesse für die Beschlüsse, da sie Gefahr laufen, in der heutigen Zeit vom Arbeitgeber auf die Straße gesetzt zu werden. Auch in der Versammlung am 25. Januar war es nur dadurch möglich, die vorher aufgestellte Resolution einstimmig zur Annahme zu bringen, daß der Vorsitzende nicht darüber abstimmen ließ, wer für die Beibehaltung der Betriebskrankentassen, sondern wer dagegen sei. Die Arbeitgeber waren aber genügend stark vertreten, so daß sie sich gegebenenfalls ihre Betriebskrankentassengegner bald machen konnten, und arbeitslos ist heute ein bitteres Los.

Die Betriebskrankentassen weihen auf ihre großen Leistungen hin und geben ihren Mitgliedern die billigsten Zahnfüllungen, die es gibt, sogenannte Zementfüllungen, und diese noch begrenzt, nämlich nur bis zu drei im Jahr. Macht es der Allgemeinen Ortskrankentasse erst einmal nach, die ihren Mitgliedern die Füllungen unbegrenzt gewährt bei bestem Material — wie in der Privatpraxis! (Silberamalgam und Porzellanfüllung). Bei der Ortskrankentasse merkt man, daß sie wirklich bemüht ist, für ihre Mitglieder das denkbar möglichste zu tun. Das werden ihre Mitglieder bezeugen. Zudem ist es ihr möglich, große Anschaffungen (Neueinrichtung des ärztlichen Instituts usw.) zu machen, ohne daß man dort höhere Beiträge zahlen muß.

Frage! Betriebskrankentassenmitglieder, was müde Klasse leidet! Alles, was zum Wohle unserer Mitglieder und deren Familie war, ist weggefallen, nur das Notwendigste ist aufrecht erhalten. Will man z. B. ein Buchband haben und das Mitglied hat einen in dem Leiden beschaffenen Wunsch hierfür, weil es ein andres Buchband bei seinem Beruf nicht tragen kann, wird es von der Klasse abgelehnt. Die Abfertigung durch die Klassenangestellten bei unserer Betriebskrankentasse ist derart unfreundlich, daß dort einmal nach dem Rechten gesehen werden müßte. Bei der Ortskrankentasse kann man sich nötigenfalls über das Personal beschweren, wenn es unhöflich ist. Bei der Betriebskrankentasse läuft man dagegen Gefahr, von einflussreichen Angestellten bis zur Entlassung verfolgt zu werden.

Warum, Betriebskrankentassenmitglieder, ist verschiedenen Arbeitgebern der Zusammenschluß nicht erwünscht? Der Arbeitgeber will auch stets gut in der Hand haben. Schwächliche Arbeiter werden mit Rücksicht auf die Betriebskrankentasse nicht eingestellt. Man sagt dann, die Arbeit könne von ihm nicht geleistet werden. Die Arbeitgeber, die bei der Ortskrankentasse beschäftigt sind, fragen meist aber hiernach nicht und so muß oft bessere Mensch viel schwerere Arbeit leisten als es bei uns der Fall gewesen wäre. Wir wollen nicht mehr, daß der Arbeitgeber in unserer Betriebskrankentasse unsere Krankheiten nachvollzollert. Auch deshalb fordern wir die Ortskrankentasse. Meine Auffassung wird von der großen Masse unserer Mitglieder geteilt, wenn es nur alle wagen, ein freies Wort darüber zu führen.

Die Allgemeinen Ortskrankentassen sind stets bemüht, für ihre Mitglieder Besseres zu leisten. In ihren Vorständen und Ausschüssen wirken Mitglieder und Arbeitgeber reibungslos. Da mehrere Arbeitgeber und nicht nur der eine Arbeitgeber des eignen Arbeitsplatzes hierin beetroffen sind, ist das Verhältnis ein erträglicheres, gesünderes. Wenn die Betriebskrankentassen bei zu schlechten Leistungen nicht Gefahr laufen, zwangsweise aufgelöst zu werden, würde das Verhältnis noch unerträglicher sein. Diese Bestimmungen über die Gleichwertigkeit haben aber während des Krieges und noch jetzt bis kurzlich hin gerührt. Die Betriebskrankentassen müssen jetzt ihre Leistungen denen der Allgemeinen Ortskrankentassen anpassen. Was nützt es uns aber, wenn die Betriebskrankentasse uns auch wie die Ortskrankentasse z. B. alle Zahnfüllungen gewährt, liefert aber das billigste Zementmaterial usw. Dem Geheiß ist dann schließlich Genüge getan, aber nicht dem Mitglied.

Darum Krankentassenmitglieder, fördert den Gedanken der Einheitskrankentasse, der Klasse, der ihr nicht nur in jungen Jahren kurze Beiträge bringt, sondern der ihr auch noch in hohem Alter angehört, wenn ihr den Arbeitgeber gewechselt habt oder nicht mehr arbeiten könnt. Erst dann bekommen wir eine leistungsfähige Ortskrankentasse.

Ein Großbetriebskrankentassenmitglied.

Die Stadt baut.

Die Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag wird sich mit einer Reihe von Vorlagen des Magistrats zu beschäftigen haben. Vorgelegt wird zunächst der Bau von Kleinwohnungen, die für Rentner und alte Leute gedacht sind. Die Wohnungen sollen an der Großen Diesdorfer Straße gebaut werden. Man ist der Meinung, daß Rentner und alte Leute, die große Wohnungen nicht mehr nötig haben, in die kleineren Wohnungen ziehen und damit größere Wohnungen freimachen. In der Vorlage heißt es:

Die Umstände sind heute der Verwirklichung des Planes besonders günstig, da es möglich ist, einen wesentlichen Teil der Kosten aus Hauszinssteuermitteln zu decken, und nur der Rest aus besonderen Haushaltsmitteln gedeckt zu werden braucht. Das neu aufzufüllende Gelände an der Großen Diesdorfer Straße erscheint für die Errichtung solcher Wohnungen besonders geeignet. Geplant ist der Bau einer Wohnhausgruppe von 60 Wohnungen. Die Hausgruppe soll enthalten: 24 Wohnungen mit 1 Zimmer und Küche, 24 Wohnungen mit 2 Zimmern und Küche, 6 Wohnungen mit 3 Zimmern und Küche und 6 Wohnungen mit 4 Zimmern und Küche. Das Gebäude soll den Charakter eines städtischen Miethauses für eine größere Anzahl kleiner Haushalte, nicht den Charakter eines Stilles für ältere Leute tragen. Trotz der günstigen Erfahrungen anderer Städte erscheint es nicht als angebracht, unter allen Umständen zu fordern, daß für jede der neuerbauten Kleinwohnungen eine größere Wohnung in der Stadt frei wird.

Mit der Errichtung und spätere Verwaltung der Wohnhausgruppe wird zweckmäßig der Verein für Kleinwohnungsweesen G. m. b. H. beauftragt. Zu diesem Zweck soll er das Gelände im Erbbaurecht übernehmen. Aus der Übertragung ergibt sich, daß die besonders zu bewilligenden Hauszinsmittel und die Hauszinssteuermittel vom Verein als hypothekarisch sicherzustellende Darlehen übernommen werden müssen.

Die Stadt plant außerdem den Neubau von zehn städtischen Mietwohnungen für städtische Bedienstete auf dem Grundstück Papestraße 13. Die Errichtung soll ebenfalls dem Verein für Kleinwohnungsweesen G. m. b. H. übertragen werden, der auch die spätere Verwaltung der Wohnungen durch Pachtvertrag übernehmen soll. Das Eigentum an Boden und Gebäude soll der Stadt gehören.

Unter der Zirkustuppel.

Verwendung von Boden und Gebäude nicht durch die lange Dauer eines Erbpachtvertrages gebunden ist.

Zu dem Wohnungsbau kommt noch ein Plan über den Neubau eines Apparatehauses auf dem Gaswerk. Durch die im Herbst 1925 erfolgte Fertigstellung der neuen Reinigeranlage besteht die Möglichkeit, so heißt es in der Vorlage, nunmehr an Stelle des alten, seit Jahren stillgelegten Apparatehauses 1 unter Einziehung der jetzt nicht mehr erforderlichen, ohnehin baufälligen Reinigeranlage 1, ein neues Apparatehaus zu errichten, um die zurzeit an verschiedenen Stellen zerstreut liegenden Apparate zur Kühlung und Waschung des Gases zusammenzufassen. Hierbei soll planmäßig der Neubau so erfolgen, daß die zunächst nur für 100 000 Kubikmeter Tagesleistung vorgesehenen Apparate später für eine tägliche Leistungsfähigkeit bis zu 200 000 Kubikmeter erweitert werden können. Die Kosten betragen 355 000 Mark. Die jährliche Ersparnis wird sich auf 55 000 Mark belaufen. Die Notwendigkeit der neuen Anlage steht daher außer allem Zweifel. Fraglich kann es nur erscheinen, ob die Herstellung sofort ermöglicht wird. Die Direktion der Gas- und Wasserwerke hat gegen eine Verchiebung erhebliche Bedenken geltend gemacht. Der Neubau soll nun in zwei Teilen erfolgen. Für 1925 werden 140 000 Mark aus dem Werkunterhaltungsfonds gefordert.

Neureglung des Frachtstundungswesens.

Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, soll das Frachtstundungswesen bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Kürze allgemein umgestaltet werden. Derzeit sind alle Frachtstundungen durch die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A. G., Berlin, gehen müssen. Zuständig für den Bezirk der Reichsbahndirektion Magdeburg ist die Zweigstelle der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G., Magdeburg, Breiter Weg 232a. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens soll noch besonders bekanntgegeben werden.

Monatliche und eintägige Frachtstundungen werden künftig nicht mehr zugelassen. Ebenso werden die bestehenden Stundungen aufgehoben werden. Das neue Stundungsverfahren (Stundungsverfahren) beruht auf einem zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G. abgeschlossenen Vertrag. Danach ist diese Bank ermächtigt worden, für ihre Kunden Zahlungen an die Eisenbahnklassen direkt zu leisten, daß die Klassen die Anweisungen dieser Bank über die geschuldeten Beträge an Zahlungs Statt annehmen.

Die Anweisungen, die Scheckform haben, werden von der Verkehrs-Kredit-Bank, deren Zweigniederlassungen und Abgabestellen an die Verkehrtreibenden gegen Barzahlung oder Sicherheitsleistung ausgegeben und lauten über einen bestimmten Höchstbetrag. Mit den Anweisungen behält der Verkehrtreibende seine Frachten. Mit der Verkehrs-Kredit-Bank oder deren Abrechnungstelle rechnet er halbmonatlich ab.

Die Vorteile des neuen Verfahrens, von dem schon teilweise Gebrauch gemacht wird, bestehen für die Verkehrtreibenden im wesentlichen darin, daß die Beantwortung besonderer Stundungskonten bei den einzelnen Abfertigungsstellen entfällt und, da die Anweisungen der Verkehrs-Kredit-Bank — mit Ausnahme der gegen Barzahlung bezogenen Anweisungen — freizügig sind; sie werden bei allen Abfertigungsstellen der Reichsbahn ohne vorherige Mitteilung und Vereinbarung angenommen, ohne Einrichtung eines Stundungskontos bei irgend einer Station der Reichsbahn. Endlich fallen die unter den heutigen Verhältnissen häufigen Abfertigungsstellen weg.

Verkehrtreibenden, die zurzeit bei der Reichsbahn monatliche oder eintägige Frachtstundungen genießen, wird daher empfohlen, falls sie nicht künftig zur Barzahlung übergehen wollen, rechtzeitig mit der oben bezeichneten Zweigniederlassung der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G., Magdeburg, wegen Anschluß an das Stundungsverfahren in Verbindung zu treten.

Die Arbeitsmarktlage für Angestellte.

Das Landesarbeitsamt berichtet: Der Arbeitsmarkt für kaufmännisch Angestellte im Januar hat sich leicht verbessert. Infolge weiterer Verträge zwischen den Banken, Industrieunternehmen und Großhandelsbetrieben wurden neue Einstellungen und Kundigungen durchgeführt, die vor allem die Zahl der älteren Arbeitnehmer wieder erhöhten. Die Neuaufnahmen von offenen Stellen für männliche Kräfte waren geringer als im Vormonat; die Anforderungen lasteten zum Teil auf gut qualifizierte Kräfte. In der Hauptsache wurden jüngere Buchhalter und kaufmännische Vorarbeiten mit Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschinen für vereinzelt Lageristen der Maschinen- und Eisenwarenverarbeitenden Industrie sowie nach Bekanntheit der Eltern Textilarbeiterinnen sowie nach Bekanntheit der Eltern Textilarbeiterinnen sowie nach Bekanntheit der Eltern Textilarbeiterinnen gesucht werden konnten.

Mit Ausnahme der Verordnungsangehörigen, für die etwas höhere Stellenanforderungen vorliegen, erfüllt die Lage für männliche Bureauangestellte keine Enttäuschung. Der Stellenmarkt für weibliche Angestellte gestaltet sich etwas günstiger. Überwiegend wurde aber jüngeres Personal verlangt. Die meisten offenen Stellen kamen aus der Industrie und dem Großhandel (Lebensmittel, Textil-, Schuhwaren, elektronische, elektrische, Feinmechanik und Papierwaren); für die meisten in erster Linie perlechte Stenographinnen, von denen einige mit Kenntnissen in der Fremdsprache bevorzugt wurden, und Kräfte für leichtere Kontorarbeiten. Der Bedarf an jüngeren Textilarbeiterinnen konnte zum Teil in ungeeigneter Bewerberinnen nicht gedeckt werden.

Die Vermittlung von Textilarbeiterinnen hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vormonats. Für Reichsbahnarbeiter dauerte die Verlobung (Magdeburg, Halle) während aus dem Baugewerbe geringere Nachfrage nach Hochbautechnikern vorlag.

Jahrplanänderung auf der Strecke Gilsleben-Blumenberg. Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, wird von Montag den 9. Februar 1925 an verkehrsmäßig auf der Strecke Gilsleben-Blumenberg ein neues Zugpaar als leichte Dampfzüge geführt. Durch diese neuen Züge werden die Triebwagen T 853 und T 854 zwischen Blumenberg und Wangleben sowie die Personenbeförderung mit dem Zugpaar 5763 W (Blumenberg ab 1.15 nachmittags) aufgehoben. Es wird besonders bemerkt, daß die Gepäck-, Express-, Eilgut- und Fahrkartbeförderung bei diesen leichten Dampfzügen ausgeschlossen ist. Dagegen wird ein Wagen 4. Klasse zur Aufnahme von zugelassenen Trolleyen vorgesehen.

Esplan der leichten Dampfzüge:

ab 10.34	Blumenberg (Bez. Magdeburg)	1.35	nach	an
10.54	Wangleben (St. Wangleben)	1.45	-	-
11.05	Blumenberg	1.55	-	-
11.15	St. Wangleben	1.25	-	-
11.32	Wangleben (Bez. Magdeburg)	1.15	-	-
an 11.41	Blumenberg	1.05	-	-

Die Einjahresbeiträge für Reichsbahnarbeiter. Der Reichsbahnarbeiterverband hat die Einjahresbeiträge für Reichsbahnarbeiter in Höhe von 20 Mark für das Jahr 1925 festgelegt. Die Beiträge werden in drei Raten von 6,67 Mark zu zahlen sein. Die Beiträge werden in drei Raten von 6,67 Mark zu zahlen sein. Die Beiträge werden in drei Raten von 6,67 Mark zu zahlen sein.

Nur keine lange Einleitung! Das weiß ja heute so ziemlich jeder, daß von den römischen Tier- und Menschenkämpfen in der Arena oder den Wettstreiten der griechischen Jugend bis zum heutigen Zirkus oder einem Sechstagererennen trotz der 2000 Jahre, die vergangen sind, eigentlich nur ein Tag liegt. Denn mag sich auch in der Art der Darbietungen manches geändert haben, eins ist jung und unberührt geblieben: das Volk, das den Zirkus besucht. Wie einst sitzen unten die Wäster, die wieder einmal feststellen, daß es für sie nichts Neues unter der Höhensonne der Vögelampen gibt, und immer näher der Stuppel und dem äußeren Rande die immer empfänglicher und dankbarer, denen die Spiele eine ersehnte Abwechslung im harten Kampf ums tägliche Stück Brot sind, einen Schimmer vom Glanz des Abends mit heimnehmen als Erinnerung bis zum nächsten Male.

Die Hauptfackel.

Der Zirkus Straßburger, der zurzeit hier Vorstellungen gibt, hat etwas in die Geschäft gesteckt. Es glänzt und gleißt von Reue und Gediegenheit, die galonierten Hülfstrümpfe wie aus dem Ei gepellt, das Lederzeug und der Zierat der Tiere funkelnd und geschmeidig, Disziplin, Pünktlichkeit und Zusammenklang in allen Reisen, von einigen Reibungen abgesehen, die am ersten Abend unvermeidlich sind in einem so großen und mannigfaltigen Betrieb. Und was die Hauptfackel ist: eine Fülle ausgewählter „Programmmomente“. So viele, daß sie im einzelnen hier kaum aufzuzählen sind. Ein ungeführtes Geleitz zwingt jeden Zirkusunternehmer, auf ein glänzendes und gut durchgeführtes Pferdmaterial den Hauptwert zu legen. Und wenn auch gewiß nicht alle Besucher den vielberufenen „Pferdeverstand“ haben, an unsern schönsten Gauzler freuen sie sich doch und wissen die Kunst und Mühe zu würdigen, die die Dressur erfordert, wie sie auch an der Anmut und Kraft der Reiter oder Reiterinnen ihr Vergnügen haben. Der Zirkus ist hierin der alten Uebertreibung treu geblieben, sein Pferdmaterial ist ausgezeichnet in jeder Beziehung.

Die Spazmacher.

Die echte Zirkusstimmung, die den Erfolg verbürgt, setzt sich aus mancherlei geheimnisvollen und darum unberechenbaren Einbrüden auf die Nerven zusammen. Lichtfülle oder ungewisse Halbbeleuchtung, Menschen- und Tiergeruch, schmetternde Musik, der Raum in seinen Ausmaßen und in der Ausschmückung, Geräusche, Laute und Leinen, deren Zweck man noch nicht kennt, Juruse und Gemurmel; das alles chaotisch und doch in einem gewissen Rhythmus muß die Erwartung steigern zu Spannung, die das Wunderbare, Unerwartete verbürgt. Wenn dann die Maschine angefahren ist, wenn Nummer auf Nummer sich abrollen soll, dann darf es zwischen durch keinen Leerlauf, keine Lücke, nicht einen Augenblick Langeweile geben. Keine Stimmungskälte, kein Verjäten; scharfe Reizmittel auch für die Zuschauer. Und das bejagen die Clowns. Sind zwischen zwei Nummern Um- und Aufbauten erforderlich, dann stürzen sie von allen Seiten herein. Aufhüben, Halten, fallen, teilen Ohrfeigen und Fußtritte aus, markieren den Geschehnissen und reißten mit gemollter Ungeschicklichkeit mit dem Hintern um, was die Hände aufbauten. Jeder hat seine besondere Note in Maske, Kleidung und Bewegung. Alle müssen sie gute Akrobaten sein, und nicht selten entpuppt sich der Clown als ein Künstler ersten Ranges im Zirkusfach und in der Rolle des Komikers. So bleibt die Stimmungstemperatur des berechneten Publikums immer mindestens auf der Höhe, meist wird sie aber gesteigert, und das ist die erste Arbeit des Spazmachers.

Die Schleifenfahrt.

Franz Webeding läßt den Marquis Keith als Summe seiner Lebenserfahrung den Satz prägen: „Das Leben ist eine Luftschleife.“ Eine Bahn, auf der man halb oben, halb unten ist, und die zu durchfahren nicht der Mühe lohnt. Es fragt uns aber niemand, ob wir wollen; wir müssen. Vielleicht hat der Dichter auch an ein Looping gedacht mit offener Schleife, wie es im Zirkus gefahren wird. Welche Menge von Vorarbeit für den Effekt, der den Reue einer Sekunde einnimmt. Eisenmassen werden angezogen und aneinandergefügt. Es wird mit Lot und Waage hantiert, ein kräftiger Ameisenhaufen wird herbeigeholt. Nege werden ausgebreitet und Auffangseilen gespannt. Endlich ist es so weit. Ein letztes Prüfen und Belassen, ein Händedruck, Taktstille. Fertig! Das Rad fällt herunter, überdrückt sich im leeren Ranne, findet Anhalt auf dem Reife der Bahn, und Kopf und Reiter landen glücklich in den Striden.

Mit dem Looping des Lebens nicht ebenso? Millionen, vielleicht Milliarden Jahre besteht die Welt, damit wir heute darauf leben können. Tausende von Menschengehirnen sind ins Grab gesunken, und jede Sekunde hat ein Kägelchen oder ein Schräubchen

befestigt für das Fundament, auf dem sich unsere „Kultur“ erhebt. Gemeinen an den Beiträgen, die vergangen sind und noch kommen werden, umfaßt das Leben der Völker nur eine Sekunde. Und das des einzelnen erst? Und trotzdem baut und besitzt die Menschheit weiter nach unerfaßlichen Naturgesetzen. Und der Weltgeist sitzt vielleicht auf einem Stern und sieht dem Mühen mit unbewegten Mienen zu. Gelingt ihnen die Fahrt, oder stürzen sie alle? Es ist ihm so gleichgültig wie den Herren der Erde das Schicksal des Käfers unter der Stiefelschleife. Looping! Wir leben und arbeiten nur für den Bruchteil einer Sekunde, und die Fahrt in der offenen Schleife ist an sich vielleicht ebenso ergebnislos wie die des Nic Diabolo im Zirkus. Wir haben die Luft bewegt, haben im glücklichsten Fall erreicht, daß tausend Mimenhüben den Atem anhielten, Weisfall klatschten. Sonst nichts.

Krokolite und Kamelle.

Als Abwechslung von Tigern, Löwen, Eisbären, Seehunden einmal Mesenechten. Sie sollen, wenn sie einen armen Fellachen oder Neger gefressen haben, vor Mitleid mit dem Opfer ihres Appetits mandmal weinen. Daher der Name Krokolitkränen. Sie fliehen besonders beim Weibchen veränderter Erblaster, wenn man so tun muß, als ob... überhaupt immer da, wo man äußerlich Schmerz heuchelt, während das sogenannte Herz Cancan tanzt und das nicht minder sagenhafte Gemüt dem Bemitleideten noch viel mehr Ungemach wünscht, als er schon erfahren hat. Aber man tut den Krokoliten sicher unrecht; so unmenslich ist kein Vieh. Und ein Krokolit erst recht nicht, obgleich seine Vorfahren mitangesehen haben, wie man die heute vielberühmteren Pyramiden und andre ausgegrabene Königsbauten, im Lande der Aegypten fertiggestellt hat mit Arbeitern, die unter der Peitsche der Aufseher frondeten und sicher zu Hunderttausenden dahingerafft wurden, damit irgendeine Dama die ein würdiges Wohnhaus oder ein Grabmal erhielt, das die Jahrtausende überdauert.

Jedenfalls sind die Krokolite interessante Tierchen von beachtenswerter Größe, die sich freilich im Sande der Wüste weniger behaglich fühlen als im Rischlanun. Sie haben Sehensucht nach der Heimat, versuchen auch mal auszureisen, wenn es aber nicht gelingt, bleiben sie ruhig liegen und blinzeln in das grelle Licht der Vögelampen. Oder sie schließen die Augen, damit sie die Wirklichkeit nicht sehen, und erträumen sich ein Paradies aus Schilf, lauem Wasser, warmen Sternennächten und Liebe zu einer schlanken Krokolitjungfrau oder gar zu mehreren. Wer kann das wissen! Der Vorführer der lieben Dama unterhält das Publikum noch mit mancherlei Taucherlustigkeiten, die das Reize der Reue nicht entbehren. Hier wären noch die zwölf Kamelle zu erwähnen. Das höchste Duzend stammt aus Ästen und nicht aus Afrika, es sind Steppen-, nicht Wüstenkamele, und die „Beduinen“, die sie reiten, erschweren die Ermittlung ihrer Landmannschaft durch dicke Verschleierung. Doch die Gruppe gibt ein malerisches Bild, und das genügt.

Varieté.

Außer dem Angeführten gibt es noch mancherlei zu sehen: Pünktlichen, Springer, Musikhumoristen, Kraftmenschen, einen Zauberkünstler, ein „Eisballett“, zwei Spezialnummern von Spazmachern und einen Zahnschleifer, der eine Sängerin und Harmoniumspielerin mit dem Instrument — 6 Kontner — schwebend mit den Zähnen hält. Da kommt nicht einmal Richard Wagner heran mit seinen im Wasser singenden und an Seiten baumelnden Rheinlächtern, Woglingen und so weiter. Ein künstliches Gebirg hat der Mann sicher nicht, und an Zahnschmerzen wird er wohl auch nicht leiden. Feuer- und Stromfest sind die „fliegenden Funken“. Der Mann läßt Ströme durch seinen Körper gehen von einer Stärke, mit der man die Straßenbahn einer kleinen Stadt betreiben könnte, und es tut ihm gar nichts. Er darf nur nicht, wenn er geladen ist, in eine Schiene oder Holzmasse fallen, sonst fängt er alles nieder. Eine Zigarette aber kann er nur mit Mühe in Brand setzen, weil Zafat ein schlechter Leiter ist. So lernt man noch immer dazu, auch im Zirkus.

Und wenn wir ihn besuchen, wollen wir nicht vergessen, daß hinter dem Glanz und Schimmer, der uns blendet, viel viel Arbeit steht; daß die, die da jeden Abend ihre geübten Akrobaten riskieren, um uns zu unterhalten, es tun, um des Stück Brot zum Leben zu gewinnen, obgleich man ihr Können zu den „Krokoliten“ Kränzen zählt. Gewiß, sie adern und hämmern nicht, sie weben weder Tuch noch Seide, noch bauen sie Wein und Korn, aber sie bringen Farbe in das Leben derer, die diese Arbeiten tun, schaffen Lebensmut und bringen Abwechslung ins graue Einerlei der Tage wie alle Künstler und Künste. Ist das etwa nichts?

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Neuwahl der Betriebsvertretungen.

Wie alljährlich sind auch im Jahre 1925 die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März durchzuführen. Von den Ortsauschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortsstellen des A. D. B. sind zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vorzunehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen; maßgebend sind § 23 bzw. § 24 A. D. B. G. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, legen nicht nieder, sondern bleiben im Amt. Ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61/62 A. D. B. G. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Bestimmungen ihrer Gewerkschaften, für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Aufweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte die

Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll, Seite 419/420, außerdem enthalten in der Betriebsratszeitung 1923, Seite 32 und der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 1/1925, Seite 11). Hiernach ist genau zu verfahren.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flotow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 26 A. D. B. G. und § 22 der Wahlordnung zum A. D. B. G.).

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Salze. Heute Montag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Kasseler“. Referent: Stadtrat Dr. Kaufers. Bezirk Süd. Am Dienstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Belvedere“. Referent: Stadtrat Dr. Henning.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadt und Deutsches Volk. Sonntag den 9. Februar für die Gewerkschaften am Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, in der Stadt. Referent: Stadtrat Dr. Kaufers. Die Woche und die Welt ist gestern? Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr. Vortrag: Stadtrat Dr. Kaufers. Referent: Stadtrat Dr. Kaufers.

Als Abwehrmittel bewährt sind Segrega-Pillen, die auch bei längerem Gebrauch in der Wirkung nicht nachlassen. St. 1.25 und 2.—. Hof-Apothek, Breiter Weg 158.

Deutschnationale Erfüllungspolitik.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags versuchten die Deutschnationalen wieder einmal ihr beliebtes Spiel Halb und halb aufzuführen. Die Hälfte von ihnen schaukelte die Politik, die es ermöglicht, deutschnationale Minister zu haben, und die andere Hälfte spielt die wilden Schwarzweissern, die im Lande die Wähler in dem Glauben halten will, als seien die Deutschnationalen noch immer die tapferen Gegner jeder friedlichen Außenpolitik.

Als offizieller Sprecher der deutschnationalen Reichstagsfraktion stellte sich der Universitätsprofessor v. Freytag-Loringhoven, einer der wüstensten Geher gegen die Republik, auf die Tribüne und rief als Redner der stärksten Regierungspartei den Vertrag nach Straß und Baden herunter, den seine eigne Regierung dem Parlament vorgelegt hatte. Zuerst mehr eiferte sich der deutschnationale Regierungredner in eine gepfefferte Oppositionsrede hinein. Schließlich rief er aus, daß dieser Vertrag die Würde und das Ansehen des Reiches schädige. Verblüffung im ganzen Hause. Das hat in seiner wechselvollen Geschichte der Deutsche Reichstag sicher noch nicht erlebt, daß die größte Regierungspartei dem Außenminister ihrer Regierung vorwirft, er verleihe Würde und Ansehen des Reiches.

Der Demokrat Haas als nächster Redner beantragte sofort, die Sitzung zwei Stunden zu unterbrechen, damit der Außenminister herbeigeholt werde, der Aufklärung geben solle, ob die Kritik des Sprechers der Regierungspartei Berechtigung habe. Als ein echter Totschlag bezweifelte der Reichspolitiker Rube die Beschlußfähigkeit des Hauses, um so die öffentliche Aufmerksamkeit noch mehr auf diesen an Komik kaum zu überbietenden Vorfall zu lenken.

In einer neu anberaumten Sitzung wurde zunächst in der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgefahren. Gegen 4 Uhr erschien der Reichsaußenminister Stresemann. Man merkte ihm die Erregung und die Verlegenheit an, in die er durch den Vorstoß des deutschnationalen Sprechers geraten war. Er polemisierte zeitweise heftig gegen v. Freytag-Loringhoven, den er als einen seiner schärfsten außenpolitischen Gegner bezeichnete. Welch ein wundervolles Regierungsbild für alle Welt! Da steht der Außenminister des Reiches und bezeichnet den außenpolitischen Führer der stärksten Regierungspartei als seinen schärfsten außenpolitischen Gegenspieler!

Das ist ein Zirkel und ein Durcheinander, das die wachsenden Mißerfolge der deutschen Außenpolitik zur Genüge erklärt. Wie soll die Kölner Zone, wie soll das übrige besetzte Gebiet Erleichterung und Befreiung erwarten können, wenn die ohnehin sehr unsichere Arbeit des Außenministers auch noch durchkreuzt wird durch die Hauptstütze seiner Regierung? Stresemann verurteilte den Angriff v. Freytag-Loringhovens etwas milder zu deuten und bot schließlich seine deutschnationalen Freunde händeringend, doch die Zwangslage zu berücksichtigen, in der sich das Deutsche Reich befindet.

Der Demokrat Meyer (Berlin) unterstrich scharf den Gegensatz zwischen dem Außenminister und dem Sprecher der großen Regierungspartei. Stresemann habe für mildere Umstände plädiert, aber die Wirtschaft im Reich möge erkennen, wie schlecht ihre außenpolitischen Interessen in der jetzigen Regierungskoalition gewahrt seien.

Dann kam Graf Westarp, der neue deutschnationale Vorsitzende selbst, an das Rednerpult. Er versuchte, sich und seine Partei mit einigen Scherzen über den „Elefanten von Siam" — man wußte nicht, ob er damit seinen Fraktionskollegen meinte — herauszureden. Westarps Tapserei ist dahin, seitdem wir deutschnationale Minister haben. In der Opposition war er eine leidliche Figur; in dem unnötigen Versuch, die deutschnationalen Agitationschlagier mit der verantwortlichen Erfüllungspolitik der deutschnationalen Regierungspartei in Einklang zu bringen, kann er nur belustigend wirken.

Die sozialdemokratische Fraktion zeigte natürlich keine Lust, der Deutschnationalen Volkspartei das Spiel dadurch zu erleichtern, daß sie etwa für den deutsch-französischen Handelsvertrag stimmte und es den Deutschnationalen erlaubte, sich seitwärts von der Verantwortung zu drücken. Müller (Franken) stellte fest: „Nachdem der Redner der größten Regierungspartei gegen den Vertrag den Vorwurf erhoben hat, daß er Würde und Ansehen des Reiches schädige, sind wir außerstande, für den Vertrag zu stimmen." Diese Ankündigung wirkte wie eine Handgranate in den Reihen der deutschnationalen Fraktion. Sie stand in Gruppen beieinander und diskuterte aufgeregt, um dann

im Sturmhauf den Saal zu verlassen und das Haus beschlußunfähig zu machen. Dem Bureau blieb so nichts anderes übrig, als die Beschlußunfähigkeit des Hauses festzustellen. Ja — beschlußunfähig durch die Obstruktion der Deutschnationalen als Regierungspartei.

Diese Fraktion Lampe Halb und halb hat nun einige Tage Zeit, unzufallen. Es gibt für sie nur eine Wahl, entweder geschlossen für den Vertrag zu stimmen und damit ihrem offiziellen Sprecher und der Hälfte ihrer Fraktion eine schallende Ohrfeige zu versetzen, oder den Vertrag ihrer eignen Regierung mit Füßen zu treten. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, diese Erziehungsarbeit an den Deutschnationalen so lange fortzusetzen, bis auch der letzte und beschränkteste deutschnationale Wähler den gewaltigen Unterschied zwischen den deutschnationalistischen Phrasen seiner Partei und der nüchternen Wahrheit im Deutschen Reich sieht.

Sitzungsbericht.

Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung am Sonnabend steht zunächst das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Siam.

Abg. Daub (D. Vp.) berichtet über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der die Annahme des Vertrags empfahl. Abg. Frhr. v. Freytag-Loringhoven (Dt.-natl.) erklärt, der Vertrag mit Siam widerspreche der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches.

Abg. Haas (Dem.) wendet sich gegen diese Äußerung und beantragt, Reichsaußenminister Stresemann herbeizurufen, damit er auf diese Äußerung erwidert.

Abg. Hermann Müller (Soz.) unterstützt diesen Antrag. Abg. Rube (Nat.-Soz.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Eine namentliche Abstimmung ergibt, daß nur 242 Abgeordnete anwesend sind, während zur Beschlußfähigkeit 247 Abgeordnete erforderlich waren. Präsident Lobe schließt daher um 2 Uhr nachmittags die Sitzung.

Um 2 1/2 Uhr eröffnet Präsident Lobe die neue Sitzung. Zunächst nimmt das Haus einen Gesetzentwurf zum deutsch-französischen Abkommen über Erleichterungen am Grenzverkehr an. Dann wird die Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Nibel (Komm.) erklärt, daß aus der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts für die deutschen Arbeiter noch nichts herausgekommen sei und auch nichts herauskommen könne, weil in Deutschland jetzt die letzte Etappe der Reaktion erreicht sei.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) wünscht, daß die Veröffentlichung der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht so lange wie bisher auf sich warten lassen soll. Sie enthalten wertvolles Material, das für die Sozialpolitik verwertet werden muß. Die Zahl der gewerbeaufsichtlichen Beamten müsse weiter vermehrt werden, es mangle durchaus an genügender Kontrolle, besonders in der Textilindustrie, die zum Teil die Arbeitszeit der Arbeiterinnen willkürlich und ganz unvernünftig verlängert habe. Wenn diese Frauen selbst zur Leistung von Leberstunden drängen, so ist das doch nur ein Beweis dafür, wie erbärmlich niedrig die Löhne sind. Die Schonung der Schwangeren lasse sich immer mehr zu wünschen übrig. Für das Kind im Mutterleib müde die Arbeit der Mutter zum Fluche. Die sozialdemokratische Fraktion befragt dringend eine

Reform des Kindererziehungsgesetzes.

Zu seiner heutigen Verfassung ist es nicht mehr zu verantworten. Wir haben eine Entscheidung eingebracht, die einen Sommerurlaub für jugendliche Arbeiter und Angeestellte verlangt. Schon vor zwei Jahren habe ich die gesetzliche Regelung dieser Frage beantragt, aber dafür fand ich in diesem Hause keine Mehrheit. Jetzt aber sind die Verhältnisse so schlimm geworden, daß wir nicht mehr länger warten können. Durch den sozialpolitischen Abbau haben sich die gesundheitlichen Zustände gerade der Jugendlichen außerordentlich verschlechtert. Wir müssen bedenken, daß viele der Jugendlichen in den Wintermonaten die Sonne überhaupt nicht mehr sehen. Was für uns ganz selbstverständlich ist, daß wir uns in den Sommermonaten erholen wollen, das muß für die schaffende Jugend erst recht selbstverständlich sein. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Regelung dieser Frage im Verordnungswege verprochen, sie ist aber so dringend, daß sie sofort geregelt werden muß. Sollte unsere Entscheidung zurückgestellt werden, dann muß das

Arbeitszeitgesetz schnell verabschiedet werden.

Wir verlangen weiter die schnelle Vorlage des Berufsausbildungsgesetzes für Jugendliche und eine Förderung der Berufsausbildung besonders für werdende Frauen. Vor zwei Jahren sind uns Versprechungen darüber gemacht worden, aber seitdem ist nichts geschehen. Die Berufsausbildung muß in ganz anderer Weise als bisher mit Vergütungen und Leistungen zusammenarbeiten. Wenn immer wieder Einwände gegen die Minderwertigkeit der Frauennarbeit erhoben und damit die schlechtere Entlohnung begründet wird, so sorgen Sie für bessere Berufsausbildung. Das ist besonders für die jungen Mädchen wichtig, die noch viel mehr als die Jungen sofort nach der Schule ins Leben hinausgetrieben werden, damit sie nur schnell verdienen. Ueberhaupt muß für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter gesorgt werden, dann kann auch nichts gegen die gleichwertige Bezahlung einwandt werden. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht die produzierte Ware als das Größte zu gelten, sondern der produzierende Mensch — er muß im Mittelpunkt der Wirtschaft und Sozialpolitik stehen. Was ist uns nach dem Kriege noch geblieben? Die heranwachsende Jugend! Wir müssen mehr als bisher für sie sorgen, müssen mehr für ihre Entwicklung tun. Wir Gegenwärtigen sind uns einmal die Verantwortlichen für die Zukünftigen! (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Biener (Dt.-natl.) verlangt größeres Verständnis für die Bedürfnisse des Handwerks. An dem Wesen der Handwerker läßt sich nichts ändern. In sozialer Hinsicht muß die Lehrlinge habe es das Handwerk nie fehlen lassen. (Widerpruch h. d. Soz.)

Abg. Sommer (Fr.) schließt sich dieser Auffassung an.

Abg. Schneider (Dem.) ist in vielen Punkten mit den beiden Vorrednern einverstanden, glaubt aber, daß jetzt schon leider von vielen Meistern das Verhältnisverhältnis als gewerliches Arbeitsverhältnis behandelt werde.

Abg. Weithien (D. Vp.) bestreitet entschieden, daß die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses sich verschlechtert habe. Die Ausbildung im Handwerk stehe vielmehr in Deutschland auf ganz besonderer Höhe.

Abg. Kessel (Wirtsch. Vg.) wendet sich gegen eine schwammige Gleichbehandlung der Lehrlingsausbildung in den verschiedenen Berufen. Von einer Lehrlingszuchterei im Handwerk könne keine Rede sein.

Abg. Thiel (D. Vp.) erklärt, man könne nicht verallgemeinern, aber es gäbe viele Orte, an denen sich eine Verkürzung der Berufszeit ermöglichen lasse. Der Eintritt Deutschlands in das Internationale Arbeitsamt könne nur bei voller Gleichberechtigung und nach Erfüllung für Deutschland selbstverständlicher Voraussetzungen erfolgen.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) tritt in Abweisung der Ausführungen von Mitgliedern der Rechten nochmals dafür ein, daß alle Schutzmaßnahmen für jugendliche und insbesondere auch die Lehrlingsausbildung gesetzlich geregelt werden müßten. Wenn die Vertreter der Rechten behaupten, daß das Behelfswesen in bester Ordnung sei, könne man nicht verstehen, warum sie sich gegen die gesetzliche Regelung dieser Frage wenden.

Es wird dann die vorher abgebrochene zweite Beratung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens fortgesetzt.

Außenminister Stresemann

wendet sich gegen die Kritik, die der deutschnationale Abgeordnete v. Freytag-Loringhoven an dem Abkommen geübt hat. Es liege durchaus kein Verzicht deutscher Schädigungen darin, wenn die Verhandlungen in Berlin geführt wurden. Das lag vielmehr im deutschen Interesse. Unberechtigt ist auch die Kritik daran, daß der Text des Abkommens in englischer Sprache abgefaßt ist. Das Zurückgreifen auf einen Text in dieser Sprache ist für die deutschen Kaufleute zweifellos praktischer, als wenn man sich auf die wenig bekannte französische Sprache stützen müßte. Das Abkommen war dringend notwendig, denn nach dem bisher geltenden Rechte war es den deutschen Kaufleuten verboten, französische Waren zu betreiben. Der für Deutschland außerordentlich günstige

Artikel 18. des Versailler Vertrags, der die Beschlagnahme deutschen Eigentums zuläßt, ist vertraglich ausgeschlossen nicht nur für Siam, sondern auch für England, Belgien, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Portugal, Japan, Peru und Kanada.

Abgeordneter v. Freytag-Loringhoven bemängelte weiter, daß wir die französische Gerichtsbarkeit anerkennen. Gerade Deutschland muß es vermeiden, als eine Macht angesehen zu werden, die zwar selbst Gleichberechtigung für sich verlangt, aber sie andern verweigert. Den Gedanken, des Uebergewichts der Europäer über andre Völker haben gerade jene europäischen Völker verteidigt, die im Weltkrieg außeruropäische Staatsangehörige als gleichberechtigte Kriegsteilnehmer verstanden. Stresemann bedauert am Schluß besonders die Wendung des Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven, daß der Vertragsabschluss die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt habe. Subjektiv kann dieser Vorwurf nicht gemeint gewesen sein; denn der Redner sah ja gleich hinzu, daß ein Teil seiner Freunde für den Vertrag stimmen werde. (Große Heiterkeit links und in der Mitte.) Objektiv muß zugegeben werden, daß die Lage Deutschlands nach dem verlorenen Krieg eine Außenpolitik bedingt, die sehr häufig der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches wenig entspricht. Wir sind ja eigentlich überhaupt kein souveräner Staat mehr. Es ist aber unrecht, der Regierung aus den Folgen dieser Zwangslage Vorwürfe zu machen. Wir sollten jetzt nicht immer davon sprechen, was gewesen ist, sondern von dem, was uns geblieben ist und was wir wahren wollen.

Abg. Meyer (Berlin, Dem.): Der deutschnationale Abgeordnete v. Freytag-Loringhoven hat es fertigbekommen, der Regierung vorzuwerfen, sie habe mit diesem Vertrag die Ehre und die Würde des Deutschen Reiches geschädigt. Das sagt der Vertreter der stärksten Regierungspartei!

Abg. Graf Westarp (Dt.-natl.): Die Äußerung des Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven ist nicht so gefallen, wie sie hier zitiert wurde. Er hat nicht gesagt „Ehre und Würde", sondern „Ansehen und Würde des Reiches" würden durch den Vertrag geschädigt. Diese Auffassung teilt die ganze Fraktion, während ein Teil dem Vortrag trotzdem zustimmen will, um die deutschen Kaufleute nicht zu schädigen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Müller (Franken, Soz.): Aus den Ausführungen des Vorredners geht hervor, daß es in der deutschnationalen Fraktion die einseitige Auffassung gibt, dieser Vertrag schädige Ansehen und Würde des Deutschen Reiches. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, einem Vertrag zuzustimmen, der nach Auffassung der stärksten Regierungspartei Ansehen und Würde des Reiches schädigt. (Beif. lks.)

Vor der Abstimmung erklärt Präsident Lobe, daß das Haus nicht beschlußfähig sei. Die Sitzung wird daher abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Reichsarbeitsministerium und Siamvertrag. Schluß 5 1/2 Uhr.

Räumung besetzter Gebiete.

Die Engländer haben begonnen, ihre Truppen von den äußersten Pösten des Kölner Brückenkopfes zurückzuführen. Am Sonnabend sind Ohligs, Grafrath, Engelskirchen und Wermelskirchen geräumt worden.

In Nordosten des Kölner Brückenkopfbereichs ist Solingen gegenwärtig der letzte der besetzten Orte. Es ist anzunehmen, daß die Räumung weiterer Orte bald erfolgt. Im linksrheinischen Gebiet werden jedoch die Engländer noch so lange bleiben, bis die noch mizuleulenden Abrüstungsbedingungen von Deutschland erfüllt sind.

Die Engländer werden nach späterer völliger Räumung der ersten Zone weiterhin an der Besetzung des Rheinlandes beteiligt bleiben. Ihr Hauptquartier wird dann nach Wiesbaden verlegt werden.

Die ewigen Geburtswehen.

Ämlich wird mitgeteilt: Gegenstand der Kabinetts-Sitzung am Sonnabend war der Referentenentwurf der Denkschrift über die Aufrichtschädigung. Auf der Grundlage der Kabinettsberatung wird nunmehr der endgültige Wortlaut der Denkschrift fertiggestellt werden.

Das reine Geminen Stresemanns scheint also nicht ganz unrettbar zu sein; denn wäre es anders, dann müßten die ewigen Geburtswehen endlich aufhören. Erst hieß es, daß bereits am Mittwoch der vergangenen Woche die Heberzeugung der Denkschrift erfolgen sollte. Aus diesem Mittwoch ist nun glücklich ein vollkommen unbestimmter Termin in der neuen Woche geworden. Die deutschen Staatsbürger sind geduldig, sie warten ruhig ab, was die kommende Woche an weiteren Erklärungen bringt.

Die interalliierte Schuldenregelung.

Ueber den Inhalt der von der englischen Regierung in Paris übermittelten Kriegsschuldennote verlautet, daß die englische Regierung sich erneut zu den im Jahre 1922 und 1923 von Balfour und Curzon formulierten Grundzügen bekannt habe, wonach England von den europäischen Alliierten und Deutschland lediglich die Bezahlung der Summen verlangt, die es sich an Amerik zu zahlen verpflichtet habe.

Da die englische Schuld an die Vereinigten Staaten sich bekanntlich auf 16 200 Millionen Goldmark und der englische Anteil an den deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan auf etwa 8 Milliarden beläuft, so wird der Betrag, den die europäischen Alliierten an England zu zahlen haben würden, auf etwa 6 Milliarden Goldmark reduziert werden.

Von Frankreich ist bisher geltend gemacht worden, daß bei dieser Regelung im Fall eines Verzagens durch Deutschland die französische Schuld an England automatisch steigen würde. Die neue englische Note soll insofern die früheren Vorschläge vervollständigen, als sie den Betrag der Schuld der europäischen Alliierten in jeder Weise festsetzt. Diese Feststellung läßt den Schluß zu, daß die englische Regierung von der regelmäßigen Entrichtung der deutschen Zahlungen überzeugt ist.

Nach dem „Matin" soll die von England vorgelegene Regelung von folgenden Gesichtspunkten ausgehen: 1. Die europäischen Alliierten sollen sich zur Zahlung von nicht sehr erheblichen Annuitäten verpflichten; 2. sollten die deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan eine Erhöhung erfahren, so würden die Annuitäten entsprechend herabgesetzt werden, und 3. im Fall eines Verzagens Deutschlands sollen die europäischen Alliierten ihre einmal festgesetzten Annuitäten in unbedingter Weise weiter entrichten.

Die englische Note soll schließlich an Frankreich die Anforderung richten, einen detaillierten Vorschlag zur Regelung der Schuldenfrage gemäß den in der Note entwickelten Grundzügen auszuarbeiten. In der mündlichen Unterredung Lord Curzon und Gerriard soll dieser den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck gebracht haben, die weiteren Verhandlungen auf einer Annäherung und nicht auf dem Wege des Notenwechsels geführt zu sehen. Deshalb werden Gerriard und der Finanzminister Clemens nach London reisen.

Nachrichten aus der Provinz.

Geschickerte Kali-Lohnverhandlungen.

Die Lohnverhandlungen in der mitteldeutschen Kali-Industrie sind geschickert. Die Arbeitgeber hatten beantragt, bei Erörterung der Lohnfrage gleichzeitig die Arbeitszeitfrage zu behandeln. Dabei trat es zum Bruch. Nunmehr sollen am 18. Februar in Berlin neue Verhandlungen stattfinden, um die Streitfrage zu lösen. Wahrscheinlich wird es zu einem Schiedspruch kommen.

Viehählung in Preußen.

Am 1. Dezember fand im Deutschen Reich zur Ermittlung der Anzahl der Pferde, Mindervieh, Schafen, Schweinen, Ziegen und Federvieh vorhandener Bestände eine Viehhählung statt. Am gleichen Tage wurden bei den Haushaltungen auch die in den vorangegangenen 12 Monaten vorgenommenen Gauschlachtungen von Tieren erfasst, für die der Schlachtvieh- und Fleischschlachtungsabgang nicht besteht. Aus dem vorläufigen Ergebnis dieser Hählung, das in der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlicht ist, teilt der „Anteilige Preussische Pressedienst“ folgende Angaben mit:

Der Pferdebestand in Preußen bezifferte sich am 1. Dezember 1924 auf rund 2.700.000 Stück, worunter die Pferde über 8 Jahre, also die arbeitsfähigen Tiere, rund 2 Millionen Stück zählten. Gegenüber dem 1. Dezember 1922 (1923 wurde nicht gezählt) ergibt sich eine Zunahme von rund 150.000 Pferden, die vor allem auf die geringe Zahl von Pferdeabschlachtungen zurückzuführen ist.

An Mindervieh ergab die Dezemberzählung rund 5 1/2 Millionen Kühe, 470.000 Bullen und Ochsen, 2.900.000 Jungrinder und 740.000 Kälber. Dies bedeutet gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1922 eine Zunahme von rund 1/2 Million. Gegenüber dem Stande von 1913 bleibt jedoch der Minderviehbestand noch um 700.000 Stück zurück.

An Schweinen sind rund 11.400.000 Stück vorhanden, was einem Zuwachs von 1.800.000 Stück gegenüber 1922 gleichkommt. Hinsichtlich der übrigen Viehgattungen zeigt das Ergebnis der Hählung, daß im Lande ein Bestand von rund 3.800.000 Schafen vorhanden ist, was 1922 gegenüber eine Abnahme um 100.000 Stück bedeutet.

Bezüglich der Lage der Ziegenzucht: Die Dezemberzählung ergab einen Bestand von 2.600.000, der gegen 1922 einer Verminderung um 200.000 Stück gleichkommt; immerhin ist die Ziegenzahl heute noch um 700.000 Stück höher als vor dem Kriege. Der Bestand an Federvieh endlich bezieht sich auf rund 30 Millionen Enten, 3,4 Millionen Gänse, 1,3 Millionen Enten und 400.000 Truthühner. Die Gesamtzahl von 41 Millionen Stück deckt sich nahezu mit der Zahl vor dem Kriege.

Die Ertragung der hausgeschlachteten, der amtlichen Fleischbesand nicht unterworfenen Tiere bewegte, eine Ergänzung zu der Statistik der hausgeschlachteten Schlachtungen zu gewinnen; die vorläufigen Zahlen dieser Erhebung bieten jedoch noch keine schließliche Unterlage.

Kreis Wangleben.

Größt-Dienstag. Arbeiter-Sportveranstaltung. Am Freitag den 13. Februar, abends 8 Uhr, findet im Röntgen-Saal eine Mitgliederversammlung sämtlicher Arbeiter-Sportvereine statt. Das Landeskartell ladet hierzu sämtliche Vereine ein, die dem hiesigen Sportkartell angehören.

Kreis Neuhalbensleben.

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung.

Nach den neuen Bestimmungen des Reichsarbeitsministers sind die Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge von Montag an um etwa 25 Prozent herabgesetzt worden. Nach dieser Herabsetzung, die vor allen Dingen auch die gleichen Unterstützungssätze für die weiblichen Erwerbslosen bringt, gelten für Neuhalbensleben und Althaldensleben folgende Unterstützungssätze: für Personen über 14 Jahre 117 Pfg., unter 21 Jahren 71 Pfg., Familiengeld für die Ehefrau 41 Pfg., für Kinder oder sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 31 Pfg. Der Höchstbetrag, den ein Erwerbsloser mit Familiengeldern in Al- und Neuhalbensleben beziehen kann, beträgt pro Tag 2,35 Mark oder pro Woche 17,40 Mark. In den übrigen Orten im Kreise Neuhalbensleben, die nicht zur Ortsklasse C gehören, erhalten Personen über 21 Jahre 1,08 Mark, unter 21 Jahren 0,68 Pfg., die Ehefrau 41 Pfg. und jedes Kind oder sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 29 Pfg. Der Höchstbetrag, der in den nicht unter Ortsklasse C, sondern unter Ortsklasse D und E fallenden Orten gezahlt werden darf, ist pro Tag 2,65 oder pro Woche 18,55 Mark.

Die Heimatlosen.

Erzählung aus einer armen Hütte.

Von Gottfried Kinkel.

(2. Fortsetzung.)

Wählig zog drinnen ein Bettler auf, der ihm leuchtete durch die Läden, und es wurde jodischer drinnen und drinnen. Da las das Mädchen mit viel lauterer Stimme, und mit einem Male blies es das Licht aus und schlug dabei heftig auf den Tisch. Der Sturm jagte, und ein juchender Stoß schickte gegen den Boden. „Aha, er pocht, sagte die kleine Waska; ist ihr, wie geborchen er ist? Damit sprang sie, wieder laut lachend, auf den Boden zu, öffnete ihn ein wenig und sprach: Da steht er vor dem Feuer, er hat große rote Augen wie ein Feller und wacklige Hörner; jetzt will ich ihn auch noch hereinbesuchen, daß ihr ihn alle sehen könnt; ihr dürft euch aber ja nicht fürchten, jetzt ist er euch.“ Da juchte die tolle kleine Waska auf die Erde vor ihr und schickte aus Leibeskräften, sie möge doch den schwarzen Mann wieder wegjagen. Waska ließ sich nicht an und wachte dem Geiste abgelenkt; aber in diesem Augenblick schlug hart über dem Haupte ein Licht, augenblicklich vom Donner geblitz, so gewinnig wieder, daß die kleine Waska selbst lebendiger vom Feuer zurückkam, während die andere Kinder, der Angst laut heulend, durchs Fenstergitter juchend und durch den Regen weinend zu ihren Eltern liefen mit der größten Geschwindigkeit. Es war vergessens, daß das lustige Kind am folgenden Tage seinen dürftigen Gefährten betraute, es habe mit ihnen nur eine Eulempfehlung getrieben. Der Überdachte, der jetzt überall seinen Umhang im Geize der gebundenen Beine herumtrug, ist wie eine häßliche Raupe, die auf einem jenseitigen Boden dahinschlurft; man sah vor dem Entzweiten zu stellen, weil man nicht das kleine Strahlchen sah, das dort juchend mit ihr unterquillt. Diese Geschäfte sind im Dorfe nicht mehr vergessens, und von da an liegen die Eltern ihre Kinder nicht mehr mit Zerkers Lächeln spielen.

Diese Stellung zur Gemeinde hatte Mutter Waska, als der Mann noch und sein ältestes Kind erst zwölf Jahre alt war. Er war eine Fremde, hatte keinen Grund und Boden und somit kein Bürgerrecht am Orte. Das Gewerbe des Mannes konnte weder ohne den Boden der größten Unbilligkeit nicht fortsetzen, und doch mußte er sich begeben, wenn das Mädchen mit dem Karrenfeld reichte an Wege zur Hof, oder nicht zur Gemeindefürsorge und zu sonstigen Beschäftigungen. Die alte Mutter, sollte sie auf die Möglichkeit, auch eine der Dörfer noch einmal in Glück zu setzen. Die Mädchen waren ge-

Wahlkreise.

Nach einer Bekanntmachung des Landrats ist über die Gemeinden Schandelsleben, Ummendorf, Althaldensleben, Wefensleben, Gundsleben, Althaldensleben, Leben sowie die Güter Wörmsleben und Gundsleben wegen Maul- und Luauenseuche die Sperre verhängt. Jeder Ort bildet für sich einen Sperrbezirk. In diesen Sperrbezirken unterliegt sämtliches Mautvieh der Sperre. Sämtliche Hunde in diesen Bezirken sind festzuhalten oder an der Leine zu führen. Den Schlächtern, Händlern und anderen Personen, die gewerbmäßig in den Viehställen verkehren, wie auch sonstigen Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Mautvieh in den Sperrbezirken, wie überhaupt der Zutritt in die Sperrbezirke verboten.

Die Einfuhr von Mautvieh sowie das Durchföhren durch den Sperrbezirk ist ebenfalls verboten, auch das Durchföhren mit Viehweidungsstapeln. Zuwiderhandlungen gegen diese polizeiliche Anordnung werden bestraft.

Neuhalbensleben. Konsumverein. Am Sonntag den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet bei W. Herzog eine öffentliche Generalversammlung statt. Im Anschluß an die Tagesordnung wird ein Lichtbilderportrat bei einer Tasse, im eigenen Geschäft gerösteten Kaffee gehalten, in dem die Entwicklung und der Wert des genossenschaftlichen Zusammenstehens gezeigt wird. Alle Mitglieder und ihre Frauen müssen erscheinen. Ein Unerreicht. Durch die neue Ortsklasseneinteilung im Herbst wurde unsere Stadt von Ortsklasse C nach B versetzt. Es müßte selbstverständlich sein, daß nun sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Bezüge nach Ortsklasse B erhielten. Aber nur bei den Beamten und Angestellten trifft das zu, die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Gewerkschaften erhalten ihre Bezüge noch immer nach Ortsklasse C. Der Ortsauschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist jetzt an die Stadtkorrespondentenversammlung ein Antrag eingereicht worden, damit auch diese bei den zuständigen Stellen beantragt, daß das Unrecht schnellstens gutgemacht wird, so daß auch für alle Lohn- und Unterhaltungsempfänger die Bezüge nach Ortsklasse B gezahlt werden. — Mittelschule. Die Anmeldung der Kinder zu Ostern muß bis zum 28. Februar bei dem Leiter, Rektor Marxfeld, erfolgen. In die unterste (sechste) Klasse werden nur Schüler und Schülerinnen nach vierjährigem Grundschulbesuch aufgenommen. Diese Klasse beginnt mit Englisch. Die Aufnahmeprüfung erfolgt bei Beginn des neuen Schuljahres am Donnerstag den 16. April, vormittags 8 Uhr. Bei der Prüfung sind das letzte Schulzeugnis, Geburts- und Taufschein vorzulegen. Die Anmeldung kann täglich zwischen 11 und 1 Uhr in dem Geschäftszimmer des Leiters erfolgen. — Söhre Madchenschule. Die Anmeldungen für das neue Schuljahr werden von der Leiterin der Anstalt täglich von 11 bis 12 Uhr in dem Sprechzimmer der Schule entgegengenommen. Für die Aufnahme in die unterste Klasse ist der einjährige Besuch der Grundschule notwendig. — Eigentümer der Söhre. Von der Landjägerei sind folgende Fahrräder beschlagnahmt worden: 1. Marke „Diamant“ Nr. 150 701, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, violette Pandariffe, Freilauf; 2. „Alber“-Fahrrad Nr. 2, Nr. 621 1800, fast neu, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, Freilauf; 3. „Lorpedo“, nach oben gebogene Lenkstange mit schwarzen Griffen. Die Eigentümer mögen sich bei der Landjägerei, Abteilung Gilsleben, melden. — Männer-Turnverein Friesen. In der Versammlung wurden die Veranstaltungen der Gruppe in diesem Jahre mitgeteilt. Das Gruppenfest findet in Gundsleben statt. Ueber den Zusammenschluß der beiden Arbeiter-Turnvereine Friesen und Jahn wurde debattiert. Es wurde beschlossen, im Laufe des Sommers mit der Turnerschaft Jahn Verhandlungen anzuknüpfen, mit dem Ziel eines Zusammenschlusses beider Vereine. Im Interesse der Entwicklung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung liegt es, wenn dieser Zusammenschluß erfolgen würde.

Neuhalbensleben. Hafengejellschaft. Nachdem die letzte Stadtkorrespondenten-Versammlung der Gründung einer Hafengejellschaft zugestimmt hat, ist sie nunmehr vollzogen worden. Die Hafengejellschaft m. b. H. setzt sich aus folgenden Gesellschaftern zusammen: Magistrat Neuhalbensleben, Kleinbahn-Aktiengesellschaft Gardelegen, Neuhalbensleben-Weferlingen, Kleinbahn-Aktiengesellschaft Bismark-Gardelegen und Stendaler Kleinbahn-Aktiengesellschaft. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Anlage und der Betrieb eines Hafens am Mitteldeutschen Kanal in der Gemarkung Neuhalbensleben, in Verbindung mit dem Industriegleis der Kleinbahn-Aktiengesellschaft Gardelegen-Neuhalbensleben-Weferlingen sowie der An- und Verkauf von Grundstücken und darüber hinaus alle Geschäfte, welche mit dem Bau und Betrieb des Hafens unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und geeignet sind, das Unternehmen zu fördern. Das Stammkapital beträgt 7000 Mark. Als Geschäftsführer wurde Stadtkorrespondent F. A. (Neuhalbensleben) bestellt. Dem Aufsichtsrat gehören an als Vorsitzender Landesbauart Sell (Weferlingen), als Stellvertreter Erster Bürgermeister Boye (Neuhalbensleben), als Mitglieder Direktor Leitzsch (Stadtkorrespondent), Stadtkorrespondent Hermann und Stadtkorrespondent F. A. Schmidt.

Kreis Wolmirstedt.

Obenst. Parteiverammlung am Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr beim Genossen Walter Gredde. Unser Parteitagabende Genossin Erning wird einen Vortrag halten. Alle Parteigenossen und Genossinnen müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Gäste, vor allem Frauen, sind mitzubringen.

Kreis Jerichow 1.

Gommern. Parteiverammlung morgen (Dienstag) abend 8 Uhr. Parteigenossen und -genossinnen, erscheinen alle!

Gommern. Die Konsum- und Spargenossenschaft für Gommern und Umgegend mit ihren Filialen in Blöth, Breiten, Loburg und Zeitzau hat sich gut entwickelt. Besonders gelobt werden die Fleisch- und Wurstwaren aus eigener Schlachtung. Es müssen immer mehr neue Mitglieder für die Genossenschaft gewonnen werden. Sie wird dann die Fleischerei noch weiter ausbauen und auch eine Bäckerei errichten können. Die Genossenschaft würde ihren Mitgliedern noch mehr bieten können, wenn alle Arbeiter, Angestellte, Beamte und Handwerker ihren Bedarf nur im Konsumverein decken würden.

Loburg. Vortrag der Kinderfreunde. Am Mittwoch fand in der „Reichspost“ ein Lichtbilder Vortrag „Proletarier und Arbeiterfreundschaft“ statt. Die Lichtbilder zeigten in anschaulicher Weise die große Not des Proletariates und die Aufgaben, die sich für uns Sozialisten daraus ergeben. Die Arbeiterfreunde bezeichnen durch Bildung von Kinderfreundschaften die geistige und körperliche Not des Arbeiterkindes zu überwinden und die Kinder im sozialistischen Geiste zu erziehen. Man sah im Bilde die Kindergruppen auf Wandern, bei freiwilligen Spielen und Sport und bei ernster Arbeit. Die Lichtbilder wurden in trefflichen Ausführungen durch den Genossen Reiterfeld (Magdeburg) erläutert. Die Veranstaltung war dank der regen Hausgabung unserer Loburger Parteigenossen überfüllt und bedeutet einen Erfolg für die sozialistische Bewegung Loburgs sowie für die Sache der Arbeiterkinderfreunde.

Kreis Kalbe.

Ungendorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Als Schiedsmannschlichter wurde mit den Stimmen der Mehrheit der Wähler Gustav Bachmann wiedergewählt. Auf Antrag wurde der Zuwanderer Wilhelm Klemm als Gemeindevorsteher eingestellt, der mehrere Jahre auf dem Ländchen Gute beschäftigt war und dort wegen epileptischer Anfälle einfach entlassen ist. Wegen dieser Entlassung erregte sich eine Debatte. Genosse Fischer betrat den Standpunkt, daß Personen mit solchen Anfallen in einem Hospital untergebracht werden müßten. Es geht nicht an, daß die Unternehmung ihre ausgebildeten Arbeitskräfte der Gemeinde zuschieben und sich um ihre moralische Verpflichtung herumdrücken. Ein Antrag zur Hundsteuer wurde angenommen und tritt am 1. April in Kraft. Eine große Debatte erregte sich über Steuererleichterungen. Die festgelegte Steuer fast allen Vertretern zu hoch, außerdem wurden dem Amtsvorsteher wegen Festsetzung des Steuerfußes Vorhaltungen gemacht. Er erklärte, daß er verpflichtet sei, für Dedung zu sorgen und daß auch die Verwaltungsbehörde ihr das Recht dazu einräumt. Genosse Fischer gab an Zahlen bekannt, daß die Dedung gesichert gewesen wäre, wenn nicht unvorhergesehene Fälle in Erscheinung getreten wären. Es seien aber eine Nachzahlung von 13.000 Mark Kreissteuern, 9000 Mark Steuerzins und 10.000 Mark für Erwerbslose und Ausgesperrte und außerdem noch monatlich 1000 Mark für Armenwesen nötig geworden, so daß die Gemeinde gezwungen war, diesen Betrag von über 80.000 Mark durch Steuernachhebung zu decken. Genosse Fischer verlangte, einmütig für die Dedung einzutreten, weil ja die gesamte Gemeindevertretung einstimmig für die Ausgaben eingetreten ist und weil der gesamte Jahressteuerfuß einen durchschnittlichen Monatssteuerfuß von 250 Prozent nicht übersteigt. Bei der Abstimmung wurde die festgelegte Steuer gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Was ich gebrauche? „Diamantine“ spricht froh bewußt mit Kennern die Hausfrau, „denn die ist vorzüglich und macht das Putzen gar vergnüglich.“ Fordern Sie nur

Diamantine

mit Sparsieb

612 - Hersteller: Rud. Starke, G. m. b. H., Meißel i. Hamm.

und Feilschen, das den andern Verkäuferinnen gegenüber nötig war. Oben war sie redlich; sowohl ihr Stolz als auch ihre einfach hergehende Frömmigkeit behüteten sie vor jeder gemeinen Betrügligkeit. In einem einzigen Sommer erwarb sie sich so viele städtische Kunden, daß sie schon täglich ihren Stadtputzen machen konnte und in der Regel sogar eins oder zwei der Kinder mit Körben voll von Geflügel oder leichtem Gemüse mitnehmen mußte.

Die Mädchen fanden sich leicht in diesen Erwerb. Waska, die schwächste, besorgte meistens Haus und Küche; Sabine und Wadumilla aber taten die Marktgänge mit der Mutter, bis die letztere, nachdem die Läden nun vollständig erwachsen waren, dieses mühsamste Geschäft ihnen fast ganz überließ und dafür den ebenso wichtigen Einkauf im Dorfe übernahm. Es wurde Sabine für die Stadt die Hauptperson, wozu sie auch trefflich sich eignete. Sie war zu einer kräftigen Schönheit herangeblüht, und die täglichen Märkte stärkten noch ihren festen Körper. Ihre Haut war weißer als die der Mutter, aber dunkel genug, um von keiner Sonneneinstrahlung angegriffen zu werden. Nicht konnte sie ihren Wert und wußte ihn geltend zu machen; bald löste im Gedächtnis die Unmut der Verkäuferin ebensoviele wie die reichlich angelegte Ware manchen anfangs nicht Kaufwilligen an. Namentlich die Mäusenöhne waren ihres Lobes voll; sie bewährte aber auch nie, neben den nutzbaren Sachen ein paar Blumensträuße mitzubringen, die sie an die jungen Leute herbrachte, wenn sie Objt von ihr kauften und dabei artig waren, während sie jede Ungezogenheit mit der treffendsten Antwort abzuweisen verstand. Die frühesten Weichen wurden dazu an allen sonntagen Seden mit Eier gesucht; später gab das eigene Gärten oder die Gärten der Nachbarn Rosen und Selbsterleber die Fülle her; denn mit Blumen ist auch der Bauer nicht geizig, weil sie ihm nichts einbringen. Waren so die Studenten mit Windens Munterkeit ebensojehr als mit ihren Kindern und Rosensträußen zufrieden, so gewann sie die Herzen der Hausfrauen durch ihre Pünktlichkeit, aber noch mehr reichlich durch ihre Eier. Denn die Odenwälder Eier sind am Reden und im ganzen Krautgang sehr beliebt wegen ihrer wunderbaren goldgelben Dotter. Diese goldgelben Dotter hält man für besonders wohlschmeckend und auch für besonders gesund, weil sie hümmen auf dem Obenwald frei laufen und in munterer Laune herumspazieren, auch viel frisches Gras und feines Kraut fressen, während die müßigen und heillosen Stadthühner, die in kleinen Höfen nur düstern Pfandstücken nachhängen, überhaupt allganz einem einjamen Brüten sich hingeben, nur solche Dotter zubereiten können, denen, um mit einem großen Dichter zu reden, bereits die Klänge des Gedankens angehaucht ist.

(Fortsetzung folgt)

Die Phrasen haben wiederum bewiesen, die wenig Verantwortungs- und Pflichtgefühl sie gegenüber der Gemeindefürsorge haben. Denn es ist ja leicht, Ausgaben zu beschließen, aber nicht für Deckung einzutreten. Ein falsch formulierter Antrag der Kommunisten wurde zurückgezogen. Im Interesse der Gewerkschaften wurde das Ausgraben eines Wassergrabens als produktives Gewerkschaftsprojekt von der Versammlung veranlaßt. Ein Antrag der Kommunisten: Sämtliche Gemeindevorsteher sind berechtigt, zu jeder Tageszeit bei den Gemeindevorstellern vorstellig werden zu können, zeigt so recht, wie wenig ernst es den Moskauern mit dem Achtstundentag ist. Dem Antrag soll nur insoweit Rechnung getragen werden, als nur in den dringlichsten Fällen außerhalb der Dienstzeit Auskunft gegeben werden soll. Gegen die Stimmen der Rechten wurde beschlossen, die Sitzungen abends 8 Uhr stattfinden zu lassen.

Friedrichsberg. Gemeindevorsteher-Sitzung. Genosse Friede sprach die Hoffnung aus, daß die Gemeindevorsteher erspürliche Arbeit für die Gemeinde leisten und die Gegenstände in sachlicher Form austragen mögen. Dann leitete er mit, daß zum Winternachfest 1027 Mark in bar, 2 Zentner Margarine, 4 Zentner Zucker und 10 Zentner Mehl an 387 Bedürftige der Gemeinde verteilt worden sind. Einstimmig wurde beschlossen, die Zuschläge zu den Realsteuern auf 150 Prozent für Grund- und 200 Prozent für Gewerbesteuer festzusetzen. Eine längere Aussprache entspann sich über einen Antrag der Kirchengemeinde, worin sie die Miete für die Klosterwohnung für sich in Anspruch nimmt. Nach längerem Hin- und Her wurde die Sache vertagt, um erst Erkundigungen über den Wortlaut des Vertrags, welcher im Jahre 1904 zwischen Gemeinde und Kirche abgeschlossen worden ist, vom Gericht einzuholen. Die vom Sportklub beantragte Ausbesserung mußte wegen schlechter finanzieller Lage der Gemeinde zurückgestellt werden. Die Summe hierfür soll in den nächsten Etat mit eingeseht werden. Zur Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie einer Nähmaschine für die oberen Klassen wurden 600 Mark bewilligt. Da im Schuljahr 1925 nur 360 bis 370 Kinder die Schule besuchen werden, bittet die Lehrerschaft um Verringerung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen. Diese Sache wurde zur Beratung an den Schulvorstand vertagt. Die Ausbesserung der Schulklassen wurde wegen Geldmangels zurückgestellt.

Kalbe. Wundenhände haben auf der Rieburger Chaussee von den dort angepflanzten jungen Obstbäumen etwa 50 Stück umgebrochen. Für solche Tat ist eine empfindliche Strafe an Platz. Hoffentlich sagt man die Täter. Ein kleiner Brand war beim Kaufmann Schilling in der Querstraße ausgebrochen, der rechtzeitig bemerkt wurde und gleich gelöscht werden konnte. Als Ursache wird Kurzschluß angenommen. Diebstahl. Ein Kalbenfer hatte in Vorzeit ein Fackel gestohlen, das ihm wieder abgenommen wurde. Spitzbuben haben eine Landesproduktions-Großhandlung fortwährend bestohlen. Während der eine Täter sich durch Einsteigen in Kisten aus dem Lageraum holte, haben Kinder von der Straße aus mit Hilfe von Stöcken die Sübrüche durch das Fenster herausgelangt. — **Kattentvertilgung.** Um der überhandnehmenden Rattenplage wirksam entgegenzutreten zu können, hat die Polizeiverwaltung für den 14. und 15. Februar eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet. Näheres geht aus der Bekanntmachung, die jedem Eigentümer zugestellt wird, hervor.

Schönebeck. Die Generalversammlung des Mietervereins war sehr gut besucht. Der Geschäftsführer Nehring (Magdeburg) ging in einem längeren Vortrag auf die Maßnahmen des Wohlfahrtsministeriums ein, die auf den langsame Abbau der Wohnungszwangswirtschaft hinführen. Er beleuchtete besonders den Nachteil des Dortmundsystems, mit dem in einzelnen Städten bereits sehr schädliche Erfahrungen gemacht worden sind. Diese Lockerung der Zwangswirtschaft bildet in der Praxis eine schwere Gefahr für die Kinderreichen und unversicherten Familien. Kinderlose Familien und begüterte Wohnungsjünger werden bei diesem System der roten Karten bevorzugt. In der Aussprache wurde die Einführung der roten Karten einer Kritik unterzogen. Es ist unerhört, daß der Magistrat nicht einmal den Mieterverein, der doch sonst in allen Mietfragen hinzugezogen wird, in dieser so wichtigen Angelegenheit gehört hat. Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, Magistrat und Wohnungsammt durch eine Protesteinsende aufzufordern, den Beschluß auf Einführung roter Karten einer Revision zu unterziehen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Mieterverein ist in erfreulicher Aufwärtsbewegung begriffen. Es muß eifrig für ihn geworben werden.

Schönebeck. Die Schmiege, der Film der Arbeiter, läuft von morgen Dienstag an im Centraltheater. Nebenher, wo der Film gezeigt wurde, war die Begeisterung der Arbeiter groß. Es ist ein Stück Arbeiter- und Klassenkampf, was dort in lebenswahren Bildern auf der Leinwand gezeigt wird. Arbeiter, Genossen, seht euch diesen Film an. Es ist euer Film. Dieser Film ist der unsterbliche Glaube an die bessere Zukunft, an die Befreiung der Menschheit. Es ist der Kampf um die Gerechtigkeit, um den Sozialismus.

Stadtkreis Acherleben. Der kommunistische Stadtvorordnete Stüber war wegen Verletzung der Schutzpolizei, besonders des Majors Niehke, zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte in einer Stadtvorordneten-Sitzung behauptet, ein Mitglied des Bundes Oberland stehe in Verbindung mit der Schutzpolizei. Es stellte sich aber heraus, daß ein Paß, der den Beweis dafür darstellen sollte, eine Fälschung ist. Stüber hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, die jetzt vor der großen Strafkammer im Halberstadt zur Verhandlung kam. Die Berufung wurde verworfen. Das Gericht begründete das damit, daß der Angeklagte die Fälschung hätte erkennen, jedenfalls sich an zuständiger Stelle über die Echtheit hätte erkundigen müssen.

Altmark. **Salzwedel.** Ein Schwindler. Ein angeblicher Kaufmann Eggert aus Celle (Saale) betrieb hier Ende Januar Schwindelereien, indem er Abonnements auf eine Zeitschrift warb und sich beträchtliche Anzahlungen — im einzelnen bis zu 30 Mk. — leisten ließ. In vielen Fällen, namentlich bei Geschäftslenten, hatte er Erfolg. Die Geschädigten warten noch heute auf die Zeitschrift. Es wird vor ihm gewarnt.

Stüber. Stadtvorordneten-Sitzung. Der Stadtvorordnete Stüber war nicht bestellt. In den Stadtvorordneten wurde Genosse Neumann einstimmig wiedergewählt. Gegen die Mitternachtsbeschlüsse des Magistrats durch eine Polizeiverordnung angeordnet. Der Wohlfahrtsminister wurde genehmigt, er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 46 700 Mk. ab. Der Wohlfahrtsminister balanciert mit 68 500 Mark. Die Mittelschule wird von 50 auswärtigen und 75 Osterburger Kindern besucht. Der Vorsteher gab ein Schreiben des Gemeindevorstandes bekannt, worin mitgeteilt wird, daß das Konfistorium nicht zugibt, daß der Kirchenrat an der Mühlen- und Sedanstraße an die Stadt als Baugelände verkauft wird. Diese Angelegenheit hatte in letzter Zeit schon einmal die Stadtvorordneten beschäftigt. Der Kirchenrat hatte für dieses Gelände pro Quadratmeter 3 Mark verlangt. Hiergegen hatten sich die bürgerlichen Vertreter und auch unsere Genossen mit Recht sehr scharf ausgesprochen. Es kam zum Ausdruck, daß dieser Preis ein Bücherpreis und daß bei dieser Forderung nichts von Nachsicht für die armen Wohnungssuchenden zu spüren sei. Vorsteher und Bürgermeister wurden beauftragt, nochmals mit dem Konfistorium in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Genosse Neumann hatte die Angelegenheit als Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung gestellt. Zum Schluß entspann sich noch eine lebhaftige Debatte über ein Gesetz in der Stadt, wonach bei der Stadtkasse etwas in Ordnung sein sollte. Am 9. Januar hätte eine Revision durch den Magistrat und die Finanzkommission stattgefunden. Stadtvorordnete Höher führte zwei Punkte an, die nochmals untersucht werden sollen. Es kam zum Ausdruck, daß es sich dabei um Sachen handle, die jedenfalls aus der Inflationszeit herrühren. An der lebhaftesten Debatte in dieser Sache beteiligten sich die Stadtvorordneten Höher, Mähling, B. Kunig und der Vorsteher, der Bürgermeister und unsere Genossen Heise und Neumann. Genosse Klein richtet eine Anfrage wegen der Straßenbau-Sicherungs-Hypotheken an den Magistrat und der Stadtkasse. Genosse Biermann kritisierte die schlechten Wegeverhältnisse der Ackerstraße, worauf der Magistrat beauftragt wurde, schnellstens dafür zu sorgen, dort bessere Verhältnisse zu schaffen.

Zangermünde. Öffentliche Volksbücherei

Stendal. Städtische Gelder für Hausreparaturen. Dem öfteren Drängen des Mietervereins nach Vereinfachung von Mitteln zur Ausführung notwendiger Reparaturen in Häusern mittelalterlicher Hauseigentümer, um den völligen Verfall dieser Häuser zu verhindern, trägt der Magistrat endlich inoffizieller Rechnung, als in den Haushaltsplan zu diesem Zweck 30 000 Mark eingestellt werden. Der Betrag, der einem Hauseigentümer überlassen werden soll, darf nicht unter 50 Mark und nicht über 500 Mark betragen und ist mit 1/2 v. H. monatlich zu verzinsen und in Teilbeträgen innerhalb von 2 bis 3 Jahren zurückzahlen. Ueber die Urträge dieser Art entscheidet eine Kommission. — Der Etat der Feldbauverwaltung für 1925 sieht eine Einnahme von 3900 Mark vor, wovon auf Obstzuchtungen 3600 Mark und auf Grasnutzungen 250 Mark entfallen. Die Wegeunterhaltungskosten sind bedeutend zurückgegangen; statt 1050 Mark sind nur 500 Mark veranschlagt. Für Bekleidung und Ausbesserung des Waghörner, Groß-Mähringer, Wahrenstedter, Sagerbreiter, Krummer und Storkauer Weges wurden im Vorjahr 1100 Mark veranschlagt, in diesem Jahre dagegen nur 500 Mark. Zur Unterhaltung des Pfasterdamms des Trimmer, Sagerbreiter und Groß-Mähringer Weges nebst Seitenwegen werden die Kosten von 180 Mark auf 1500 Mark erhöht. Die Gesamtausgaben erreichen den Betrag von 9400 Mark, so daß ein Zuschuß von 5500 Mark von der Kammerverwaltung zu zahlen ist.

Zangermünde. Stadtvorordneten-Sitzung. Der bisherige Vorsteher Graul wurde wiedergewählt, 2. Vorsteher wurde Genosse Saage. Bei der Besetzung der Deputationen wurden nur unwesentliche Änderungen vorgenommen. Wieder eingeseht wurde ein städtischer Zuschuß für den Erwerb und Verkauf städtischer Grundstücke. Ferner soll ein Zuschuß die vom Magistrat getroffenen Abbaumassnahmen nachprüfen. Bei der Einführung des nunmehr beständigen kommunistischen Stadtrats-Wohlfühl erlebte man insofern eine kleine Novität, als in dem Augenblick, wo der kommunistische Wolf den Eid auf die preussische Verfassung leistete, die übrigen drei kommunistischen Stadtvorordneten schweigend den Sitzungssaal verließen. Es scheint bei den Moskauern eine große Einigkeit herrschen. Man wird wohl der neue kommunistische Stadtrat aus seiner Partei ausgeschlossen werden? Die Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Mark zum Wohnungsbau wurde beschlossen. Es soll mit dem Bau eines Familien-Wohnhauses an der Siedlungsstraße sofort begonnen werden. Die Baukosten betragen 20 000 Mark. Das Haus soll Ertrag sein für das unlangst abgebrannte Haus vor der Neustadt; 8000 Mark stehen daher aus der Feuerversicherung zur Verfügung. Zur bessern Durchführung der Bauten an der Siedlungsstraße muß diese an den Schlachthof heran gelegt werden; sie soll nur auf der südlichen Seite bebaut werden. Die Ermäßigung des Wassergeldes für Großverbraucher wurde gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen. Für die Unterhaltung des Elbe- und Sagerufers wurden die erforderlichen Mittel nachbewilligt. Von der Aufstellung von Liftpfeulen, wie sie der Magistrat vorschlägt, soll Abstand genommen werden. Der Herberge zur Heimat wurde ein Zuschuß von 500 Mark gewährt. Auf dem Zangerplatz soll demnächst ein Trinkwasser-Hydrant aufgestellt werden. Der Lösung des Krankenhausvertrags mit dem Kreise Stendal zum 1. April 1926 wurde zugestimmt. Unsere Stadt wird also zu diesem Zeitpunkt wieder in den Besitz eines Krankenhauses gelangen. Es ergibt sich hieraus nun die Notwendigkeit, daß jetzt im Krankenhaus befindliche Kreisaltersheim und die Kinderkrippe anderweitig unterzubringen. Unsere Stadt hat ein großes Interesse daran, daß diese beiden Institute in Zangermünde bleiben. Zangermünde hat auch als größte Stadt des Landkreises und wesentlicher Träger der Kreisstellen ein Recht, diesen Anspruch zu stellen. Nachdem der Kreisrat einen von der Stadt zur Verfügung gestellten Bauplatz an den Lannen abgelehnt hat, stimmten die Stadtvorordneten einer Vorlage zu, dem Kreis einen anderen Bauplatz

zur Verfügung zu stellen. Es ist dies das städtische Gartengrundstück in der Schulstraße in Verbindung mit dem gegenüberliegenden Scheunengrundstück, ehemals der Firma Kettel gehörig. Wir möchten auch von dieser Stelle aus die Körperschaften des Landkreises Stendal ersuchen, den berechtigten Ansprüchen der Stadt Zangermünde mehr als bisher Rechnung zu tragen. Dem Verkauf des Hauses Mauerstraße 27 an den Arbeiter Christoph wurde nicht zugestimmt; die Vorlage wurde an den Magistrat zurückverwiesen. Die Miete für die städtischen Wälder und Wiesen wurden um 40 Prozent erhöht, das ist der Betrag, den die Stadt durch Erhöhung der Laffen jetzt für die Grundstücke mehr leisten muß. Am Ende der Tagesordnung wurden an den Magistrat noch von allen Fraktionen Anfragen gerichtet, was er zu tun gedente, um die bevorstehenden Massenentlassungen von Handwerkern und Arbeitern zu mildern und die erschreckende Arbeitslosigkeit zu mindern. Wir kommen auf die Angelegenheit noch besonders zurück. Zur Weiterverfolgung dieser Anfragen wurde eine Kommission gewählt, der die Stadtvorordneten Sildbrand, Schulz und Genosse Sattelau angehören. Der Bürgermeister gab noch Aufschluß über den Stand der Brückenbauangelegenheit. Es ging daraus hervor, daß die Sache im rüstigen Fortschreiten begriffen ist. Wenn die Finanzierung einigermassen gelingt, können wir hoffen, daß unsere Wünsche in Erfüllung gehen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Groß-Ottersleben. Am Sonnabend den 14. Februar findet beim Kameraden Körting eine außerordentliche Versammlung statt. Es soll die Teilnahme der gesamten Ortsgruppe am Bundesfest besprochen werden, wozu jeder Kamerad zu erscheinen hat. Am Mittwoch den 11. Februar tagt im selben Lokal eine Sitzung aller Vorstandsmitglieder und Gruppenführer. Auch diese Sitzung muß von allen Beteiligten besucht werden.

Gleisdorf. Versammlung morgen (Dienstag) abends 8 Uhr bei Mittag. Kein Kamerad darf fehlen.

Neuhaldensleben. Eine sehr gut besuchte Reichsbanner-Versammlung fand am Freitag statt. Kamerad Wiegner sprach über die Vorbereitungen zum Bundesfest am 22. Februar. Sämtliche Kameraden trafen sich am 22. Februar morgens 6 1/2 Uhr auf dem Marktplatz. Von dort aus wird geschritten zum Bahnhofsplatz und mit Sonderzug um 7 1/2 nach Magdeburg gefahren. Die einzelnen Kameradschaften treffen sich wie folgt: Abteilung Siedlung und südlich der Bahn um 6 1/2 Uhr bei Fehje. Diese Abteilung holt die Fahne ab. Die Abteilung westlich der Hagenstraße sammelt sich auf dem alten Kirchhof, und die Abteilung östlich der Hagenstraße auf dem Holzmarkt, beide ebenfalls um 6 1/2 Uhr, und marschieren geschloffen nach dem Marktplatz. Das Fahngeld für den Sonderzug ist sofort an die Unterfahnen abzugeben. Auch Frauen und sonstige Angehörige der Kameraden können den Sonderzug benutzen, jedoch müssen auch diese dem Unterfahnen gemeldet und das Fahngeld für diese umgehend eingezahlt werden. Für die Verrettung des Bundesorgans wurde der Kamerad Dietrich, Steinstraße 14, gewählt. Am Donnerstag den 19. Februar findet bei Herzog nochmals eine Versammlung statt, in der die Fahnen für den Sonderzug ausgegeben werden. In dieser Versammlung müssen alle Kameraden anwesend sein.

Bereine und Versammlungen.

Arbeiter-Mandolinisten.

Uns wird geschrieben: Erfreulicherweise hat sich in letzter Zeit in den Arbeiterkreisen das Bedürfnis geltend gemacht, sich in der Kunst der Musik aus- respektive weiterzubilden. Die am leichtesten erlernbaren Instrumente sind Mandoline und Gitarre. Jeder Sport und jede Kunst muß aber organisierte Zusammenfassung und auf systematischer Grundlage aufgebaut werden. Um nun der Gefahr der Verflachung vorzubeugen und das Mandolinenspiel in Arbeiterkreisen immer mehr zu fördern und zu vervollkommen, wurde der Deutsche Arbeiter-Mandolinisten-Bund gegründet.

Wir richten nun an alle Mandolinisten das Ersuchen, sich dem Bunde anzuschließen, um so zu einer starken Organisation zu gelangen und mitzuhelfen, daß der Bund ein Machtfaktor in der Arbeiter-Kulturbewegung wird. Gleichzeitig bitten wir alle Vereine um Teilnahme an der Tagung des Gauas Mitteldeutschland am 14. und 15. März in Weichenfels a. d. S. Quartierbestellungen nimmt unser Kreisgenosse Karl Gebhardt, Weichenfels a. d. S., Gr. Seichstraße 9, entgegen. In allen andern Angelegenheiten erteilt Auskunft die Geschäftsstelle, Fritz Blücher, Magdeburg-Fernerleben, Eisenstraße 26. Arbeiter und Angehörige, sorgt für eine Massenorganisation. Sincin in den Deutschen Arbeiter-Mandolinisten-Bund! — Der Gauvorstand: R. Zumbusch.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 30 Goldpfennige, aufgenommen. **Tagesspeler.** Dienstag den 10. Februar, abends 7 Uhr, Brandentwerfungs bei Gante, Lohr-Handlung. **Fichte Ma-denburg.** Donnerstag den 12. Februar, abends 1/2 Uhr, Sitzung aller Abteilungsvorstände, Turn- und Sportwart in alle Land und Stadt; dortselbst im Saale Generalprobe aller Turnvereine-Abteilungen. **Reichsbund der Kreisebescheidigten.** Kreisstellenleiter und Kreisleiter-Unterstützer, Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Café Rapp, Lindstraße 17.

Briefkasten.

Berichtskatter Neuhaldensleben. Der Bericht über die Bestimmung des Autoausstellers stand schon in der Nr. 31 der „Volksstimme“.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Benzißig-Seife ist die Seife der arbeitenden Bevölkerung, denn sie eignet sich für jeden Zweck, sowohl für weiße gute Wäsche als auch für hart beschmutzte Arbeiterkleider. Flecken gehen scheinbar heraus. Zum Händewaschen nach der Arbeit gibt es nichts Besseres. Geruchlose Anzüge und Kleider werden durch leichte Bearbeitung mit Benzißig wieder wie neu.



Lassen Sie sich nicht beirren:

MAGGI Würze ist einzig

in Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.

Es gibt nur ein Urteil
Es gibt nur eine Stimme
Es gibt nur eine Meinung
Diese lautet:

Alles bisher Dagewesene übertrifft



Rosen- montag

Eine deutsche Offizierstragödie in 8 Akten nach dem gleichnamigen Roman von O. E. Hartleben
Regie: Rudolf Meinert.

Beginn der Vorstellungen:

1/2 5 1/2 7 1/2 9

Besuchen Sie bitte die Nachmittagsvorstellung, wenn Sie einen guten Sitzplatz haben wollen.



Das Theater der internat. Großfilme

Circus Straßburger

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Riesenerfolg
de-
Riesenprogramms

Mittwoch 5 1/2 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
großes Programm
Kinder halbe Preise.

Tierschau - Probe
täglich 10-1 Uhr

Billette: Verkehrsverein
und Circuskasse

Zentral-Theater
Täglich
7 1/2 Uhr
Zigeunerbaron
Musik von JOHANN STRAUSS.
Sonntags zwei Vorstellungen
3 1/2 Uhr (Kleine Preise) und 7 1/2 Uhr
Siebenbürgler Kartenverkauf
an der Theaterkasse und an den be-
kannten Vorverkaufsstellen

Golzes Gesellschaftshaus
St. Stadtmarsch 7c
Am Freitag den 13. Februar
Große Gala-Redoute
Eine Mondschein ahrt auf der
Eibe und Strandfest.

Reichthum der Kriegszerschlagenen, Kriegs-
teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen
Ortsgr. Schönebeck
Sonntags den 14. Februar
Stiftungsfest in der „Zonhalle“
Für Überraschungen ist bestens gesorg-
t. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.
Kaff.-öffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. - Das Komitee.

Kalmuck- Barchent- 211
Jacken Unterhosen
Winter-Lodenjoppen 2reih., in Waffstichen,
auch in Sportstoffen
G. Gense, Johannistadtstr. 14

Aula der Luisenschule
Breiter Weg 200.

Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr

17. Zither-Konzert

Solist: Herr Hans Drechsel,
Zithervirtuose, Altrnberg.

Programme: 1.20 und 0.80 Mk. bei Musikhaus
Billa, Bucherstraße, Restaurant, Artushof,
Kaufhaus „Schönlager Hof“, G. Hausbahn,
Alte Ulrichstraße, und an der Abendkasse.

Ergebenerf. ladet ein
Vereinigung Magdeb. Zithervereine.

Frauen-Feinde

Täglich

Frauen-Feinde

ab 7 Uhr

Frauen-Feinde

aus-

Frauen-Feinde

ver-

Frauen-Feinde

kauft

Frauen-Feinde

sind

die

Walhalla-

Lichtspiele

Wie Tagebuchblätter eines lieblosen Zusammenlebens geben eine tiefgründige
Anzeige aus dem Liebes- und Seelenleben einer übermodernen Ehe.



Der Krieg verloren doch ein ungeschlagenes Heer
Sechs Offiziere, sechs namenlose Helden, die ihrem
obersten Feldherrn die Treue halten bis in den Tod.

Alte Soldaten

Ein Film, der das hohe Lied
singt von Sieg und Ruhm, von
alter Soldaten Ehre und Treue.
- Ein Geschehen unserer Tage rollt vor uns ab.

Maria Minzenti, Jack Mylong Minz
Aus der Jugendzeit
klingt ein Lied . . .

Ein Spiel von Jugend,
Heimat, Liebe und Leid.

Beginn werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr



Kammerlichtspiele

Verein Magdeburger Presse

E. V.
Vortragsreihe 1925
Sonntag den 14. Februar, 7 1/2 Uhr
Grotian-Steinweg-Saal der Stadtmission
Walter v. Molo
Best aus neuen Werken.
Nur noch Karten zu 3.- Mark. - alle anderen ausverkauft! -
bei Heinrichshofen und an der Abendkasse.

Kur-Badeanstalt

Friedr. Meyer
Schradborger Str. 1, 1. Streppe.

Väder jeder Art. Massage.
Spezialist für Hüftverletzungen und
eingewachsene Nägel. 236

Spezialist für sämtliche Brandverletzungen.
Geöffnet von Montag 9. 8 bis 7. Sonntag
von 6 bis 12 Uhr. Gersdorferstr. 233a.

Gasthaus
Anhaltiner Hof
Drausegasse 3
- Tel. 1391 -
Kücheneinrichtungen
bis 100 Personen
Walter Granow.

Werkmach.
Reparaturen
Apparate
von 30.00 Mark an
Zeitigung gestattet.
Walter, Apfelstraße 6.
Tel. Schwanitz 5145

Konzerthaus

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
nachmittags 4 Uhr - die beliebten

Raffaellkonzerte

Sopran:
Konzerthaus-Solovirtuosin (12 Stimmen)
Schwermüdigkeit Detonation
Kaufhaus 2. Kaufhaus: Göttermann, Schradborger 13
Seriöse Klaviermusik
Auftreten namhafter
Magdeburger Künstler!
Eintritt und Garteroberte frei.

Gardelegen

Dem geehrten Publikum
von Gardelegen und Umgegend
hiermit zur Nachricht, daß ich
mit dem heutigen Tage in
meinem Grundstück

Burgstraße 193 eine Speisestube

eröffnet habe. Angesichts der
jetzigen Zeiten soll es mein
Bestreben sein, zu billigen
Preisen eine schmackhafte Kost
zu verabreichen.
Ich bitte, das mir bis-
her entgegengebrachte Vertrauen
auch auf mein neues Unter-
nehmen übertragen zu wollen.

Martin Schatz,
Kochschlächterei.

Stadttheater

Dienstag den 10. Februar
Anfang 7 1/2 Uhr - Ende nach 10 1/2 Uhr
2. Abend

Die Fledermans

Operette von J. Strauß.
Mittwoch den 11. Februar,
vormittags 11 Uhr
öffentl. Konzert-Hauptprobe
Abends 7 1/2 Uhr
7. Sinfonie-Konzert, Abt. B III

Wilhelm-Theater

Offene Verkellung:
Sonntag den 12. Februar
Freitag den 13. Februar
Anfang 8 Uhr

Gaßpiel Joschim Bellachini

Der Mensch vor 100 000 Jahren
Montag den 15. Februar,
Anfang 8 Uhr

Der Brand im Opernhaus

Ein Nachtstück von Georg Kaiser
Dienstag den 10. Februar, Vorz. I. u.
II. u. III. und Anfang, Auf. 8 Uhr. Der
Brand im Opernhaus, ein Nacht-
stück von G. Kaiser.

Heute

Dienstag den 10. Februar,
abends 8 Uhr
die grosse

Redoute

im
Hofjäger